

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Protokoll vom 21. Mai 2003

über die strategische Umweltprüfung zum Übereinkommen

über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen

(Vertragsgesetz zum SEA-Protokoll)

A. Problem und Ziel

Das UN ECE-Protokoll über die strategische Umweltprüfung vom 21. Mai 2003 zum Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (SEA-Protokoll) verpflichtet den für die Erstellung von bestimmten Plänen und Programmen zuständigen Staat dazu, eine strategische Umweltprüfung durchzuführen und dabei die Behörden und die Öffentlichkeit des eigenen Staates und anderer möglicherweise betroffener Vertragsstaaten zu beteiligen, wenn ein solcher Plan oder ein solches Programm voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen haben wird.

Die strategische Umweltprüfung nach dem von nahezu allen EG-Mitgliedstaaten und der Europäischen Gemeinschaft gezeichneten Protokoll entspricht den Vorgaben der EG-Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (SUP-Richtlinie, ABl. EG Nr. L 197 S. 30). Diese Vorgaben sind durch das Gesetz vom 25. Juni 2005 zur Einführung einer strategischen Umweltprüfung und zur Umsetzung der Richtlinie 2001/42/EG (SUPG, BGBl. I S. 1746) in nationales Recht umgesetzt worden.

Die aktive Teilnahme Deutschlands an diesem internationalen System ist erforderlich, um über die Europäische Gemeinschaft hinaus die derzeitige Anwendung des Protokolls in Deutschland auch als Vertragspartei zu dokumentieren und die damit verbundenen Mitgestaltungsrechte auf internationaler Ebene sachgerecht wahrnehmen zu können.

B. Lösung

Durch das geplante Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des SEA-Protokolls geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Bund, Ländern und Gemeinden entstehen durch die Ratifikation des SEA-Protokolls keine zusätzlichen Kosten.

2. Vollzugaufwand

Ein erhöhter Verwaltungsaufwand für Bund, Länder und Gemeinden ist durch die Ratifikation des SEA-Protokolls nicht zu erwarten, da eine entsprechende strategische Umweltprüfung bereits durch das geltende nationale und europäische Recht vorgeschrieben ist.

E. Sonstige Kosten

Durch das SEA-Protokoll werden keine höheren Kosten für Unternehmen und Wirtschaft entstehen. Auswirkungen auf Einzelpreise, auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da die Anforderungen nur behördliche Planungen betreffen und durch das geltende deutsche Recht sowie die europäischen Vorgaben bereits vorgeschrieben sind.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, den 4. Januar 2006

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 21. Mai 2003
über die strategische Umweltprüfung zum Übereinkommen
über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden
Rahmen (Vertragsgesetz zum SEA-Protokoll)

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit.

Der Bundesrat hat in seiner 818. Sitzung am 21. Dezember 2005 gemäß Artikel 76
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf

**Gesetz
zu dem Protokoll vom 21. Mai 2003
über die strategische Umweltprüfung zum Übereinkommen
über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen
(Vertragsgesetz zum SEA-Protokoll)**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Kiew (Ukraine) am 21. Mai 2003 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll über die strategische Umweltprüfung zum Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 24 Abs. 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

I. Allgemeiner Teil

Das Protokoll der UN ECE (United Nations Economic Commission for Europe) über die strategische Umweltprüfung zum Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (SEA-Protokoll) wurde am 21. Mai 2003 in Kiew (Ukraine) beschlossen. Zugleich hat unter anderem Deutschland das SEA-Protokoll gezeichnet.

Das SEA-Protokoll ist noch nicht in Kraft getreten. Insgesamt (Stichtag: 31. Dezember 2003) haben 36 ECE-Staaten sowie die Europäische Gemeinschaft das Übereinkommen gezeichnet.

Ziel des Protokolls ist es, ein hohes Niveau des Schutzes der Umwelt, einschließlich der Gesundheit, zu gewährleisten. Zur Erreichung dieses Zieles soll bei der Erstellung von bestimmten Plänen und Programmen, die voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen haben werden, der für die Erstellung des Plans oder Programms zuständige Staat eine strategische Umweltprüfung durchführen und dabei Behörden und Öffentlichkeit des eigenen Staates und anderer möglicherweise betroffener Vertragsstaaten beteiligen. Insbesondere soll durch das SEA-Protokoll sichergestellt werden, dass umweltbezogene, einschließlich gesundheitsbezogene, Erwägungen bei der Ausarbeitung von Plänen und Programmen umfassend berücksichtigt und klare, transparente und effektive Verfahren für die strategische Umweltprüfung geschaffen werden sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit bei diesen Verfahren gewährleistet wird.

Die verpflichtenden Vorgaben des Protokolls entsprechen dem System der strategischen Umweltprüfung nach der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (SUP-Richtlinie, ABl. EG Nr. L 197 S. 30). Das deutsche Bundesrecht wurde durch das Gesetz vom 25. Juni 2005 zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung und zur Umsetzung der Richtlinie 2001/42/EG (SUPG, BGBl. I S. 1746) sowie durch das Europarechtsanpassungsgesetz Bau vom 24. Juni 2004 (EAG Bau, BGBl. I S. 1359) an diese Vorgaben angepasst. Darüber hinaus bedarf es keiner Änderung des Bundesrechts, um die Anforderungen des SEA-Protokolls zu erfüllen.

Die aktive Teilnahme Deutschlands an dem internationalen System des SEA-Protokolls ist erforderlich, um über die Europäische Gemeinschaft hinaus die derzeitige Anwendung dieses Protokolls in Deutschland auch als Vertragsstaat zu dokumentieren und die damit verbundenen Mitgestaltungsrechte auf internationaler Ebene sachgerecht wahrnehmen zu können.

II. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Auf das SEA-Protokoll findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da das Protokoll, soweit es in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union fällt, sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das SEA-Protokoll auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regelt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das SEA-Protokoll nach seinem Artikel 24 Abs. 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Für Bund, Länder und Gemeinden werden sich aus der Ratifikation des SEA-Protokolls keine unmittelbaren zusätzlichen Kosten ergeben, da entsprechende strategische Umweltprüfungen bereits durch das geltende deutsche Recht und durch europarechtliche Vorgaben vorgeschrieben sind.

Soweit die Bundesrepublik Deutschland als Vertragspartei des Protokolls im Einzelfall Finanzmittel für Tagungen oder Projekte im Rahmen des von der Vertragsstaatenkonferenz jeweils beschlossenen Arbeitsplanes zur Verfügung stellen sollte, erfolgt dies auf freiwilliger Basis im Rahmen der vorhandenen Haushaltsansätze des Bundes.

Durch das SEA-Protokoll werden keine höheren Kosten für Unternehmen und Wirtschaft entstehen. Auswirkungen auf Einzelpreise, auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da die Anforderungen nur behördliche Planungen betreffen und durch das geltende deutsche Recht sowie die europäischen Vorgaben bereits vorgeschrieben sind.

Protokoll
über die strategische Umweltprüfung zum Übereinkommen
über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen

Protocol
on Strategic Environmental Assessment to the Convention
on Environmental Impact Assessment in a Transboundary Context

Protocole
à la Convention sur l'évaluation de l'impact
sur l'environnement dans un contexte transfrontière,
relatif à l'évaluation stratégique environnementale

(Übersetzung)

The Parties to this Protocol,

Recognizing the importance of integrating environmental, including health, considerations into the preparation and adoption of plans and programmes and, to the extent appropriate, policies and legislation,

Committing themselves to promoting sustainable development and therefore basing themselves on the conclusions of the United Nations Conference on Environment and Development (Rio de Janeiro, Brazil, 1992), in particular principles 4 and 10 of the Rio Declaration on Environment and Development and Agenda 21, as well as the outcome of the third Ministerial Conference on Environment and Health (London, 1999) and the World Summit on Sustainable Development (Johannesburg, South Africa, 2002),

Bearing in mind the Convention on Environmental Impact Assessment in a Transboundary Context, done at Espoo, Finland, on 25 February 1991, and decision II/9 of its Parties at Sofia on 26 and 27 February 2001, in which it was decided to prepare a legally binding protocol on strategic environmental assessment,

Recognizing that strategic environmental assessment should have an important role in the preparation and adoption of plans, programmes, and, to the extent appropriate, policies and legislation, and that the wider application of the principles of environmental impact assessment to plans, programmes, policies and legislation will further strengthen the systematic analysis of their significant environmental effects,

Les Parties au présent Protocole,

Reconnaissant qu'il est important de tenir compte de l'environnement, y compris de la santé, lors de l'élaboration et de l'adoption des plans, des programmes et, selon qu'il convient, des politiques et des textes de loi,

Résolues à promouvoir un développement durable et se fondant en conséquence sur les conclusions de la Conférence des Nations Unies sur l'environnement et le développement (Rio de Janeiro, Brésil, en 1992), en particulier sur les principes 4 et 10 de la Déclaration de Rio sur l'environnement et le développement et sur le programme Action 21, ainsi que sur les résultats de la troisième Conférence ministérielle sur l'environnement et la santé (Londres, 1999) et du Sommet mondial pour le développement durable (Johannesburg, Afrique du Sud, 2002),

Gardant à l'esprit la Convention sur l'évaluation de l'impact sur l'environnement dans un contexte transfrontière adoptée à Espoo (Finlande) le 25 février 1991 et la décision II/9 des Parties réunies à Sofia les 26 et 27 février 2001, concernant l'établissement d'un protocole juridiquement contraignant relatif à l'évaluation stratégique environnementale,

Reconnaissant que l'évaluation stratégique environnementale devrait jouer un rôle important dans la préparation et l'adoption des plans, des programmes et, selon qu'il convient, des politiques et des textes de loi et que l'application plus large des principes régissant cette évaluation aux plans, aux programmes, aux politiques et aux textes de loi aura pour effet de renforcer encore l'analyse systématique de leurs effets notables sur l'environnement,

Die Vertragsparteien dieses Protokolls –

in der Erkenntnis, dass es wichtig ist, umweltbezogene, einschließlich gesundheitsbezogener, Erwägungen in die Ausarbeitung und Annahme von Plänen, Programmen und in angemessenem Umfang von Politiken und Rechtsvorschriften einzubeziehen,

sich verpflichtend, die nachhaltige Entwicklung zu fördern, und daher gestützt auf die Schlussfolgerungen der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (1992 in Rio de Janeiro, Brasilien), insbesondere die Grundsätze 4 und 10 der Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung und die Agenda 21, sowie auf die Ergebnisse der dritten Ministerkonferenz über Umwelt und Gesundheit (1999 in London) und des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung (2002 in Johannesburg, Südafrika),

eingedenk des am 25. Februar 1991 in Espoo (Finnland) beschlossenen Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen und des Beschlusses II/9 seiner Vertragsparteien vom 26. und 27. Februar 2001 in Sofia, der die Ausarbeitung eines rechtlich bindenden Protokolls über die strategische Umweltprüfung vorsieht,

in der Erkenntnis, dass der strategischen Umweltprüfung eine bedeutende Rolle bei der Ausarbeitung und Annahme von Plänen, Programmen und in angemessenem Umfang von Politiken und Rechtsvorschriften zukommen sollte und dass durch eine breitere Anwendung der Grundsätze der Umweltverträglichkeitsprüfung auf Pläne, Programme, Politiken und Rechtsvorschriften die systematische Analyse ihrer erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt weiter gestärkt wird,

Acknowledging the Convention on Access to Information, Public Participation in Decision-making and Access to Justice in Environmental Matters, done at Aarhus, Denmark, on 25 June 1998, and taking note of the relevant paragraphs of the Lucca Declaration, adopted at the first meeting of its Parties,

Conscious, therefore, of the importance of providing for public participation in strategic environmental assessment,

Acknowledging the benefits to the health and wellbeing of present and future generations that will follow if the need to protect and improve people's health is taken into account as an integral part of strategic environmental assessment, and recognizing the work led by the World Health Organization in this respect,

Mindful of the need for and importance of enhancing international cooperation in assessing the transboundary environmental, including health, effects of proposed plans and programmes, and, to the extent appropriate, policies and legislation,

Have agreed as follows:

Article 1

Objective

The objective of this Protocol is to provide for a high level of protection of the environment, including health, by:

- (a) Ensuring that environmental, including health, considerations are thoroughly taken into account in the development of plans and programmes;
- (b) Contributing to the consideration of environmental, including health, concerns in the preparation of policies and legislation;
- (c) Establishing clear, transparent and effective procedures for strategic environmental assessment;
- (d) Providing for public participation in strategic environmental assessment; and
- (e) Integrating by these means environmental, including health, concerns into measures and instruments designed to further sustainable development.

Article 2

Definitions

For the purposes of this Protocol,

1. "Convention" means the Convention on Environmental Impact Assessment

Prenant note de la Convention sur l'accès à l'information, la participation du public au processus décisionnel et l'accès à la justice en matière d'environnement adoptée à Aarhus (Danemark) le 25 juin 1998, et prenant note des paragraphes pertinents de la Déclaration de Lucques adoptée par la première Réunion des Parties à cette convention,

Considérant par conséquent qu'il est important de garantir la participation du public à l'évaluation stratégique environnementale,

Conscientes des avantages qui en découleront pour la santé et le bien-être des générations actuelles et futures si la nécessité de protéger et d'améliorer la santé des personnes est prise en compte en tant que partie intégrante de l'évaluation stratégique environnementale et prenant en considération les travaux dirigés par l'Organisation mondiale de la santé à cet égard,

Sachant qu'il est nécessaire et important de renforcer la coopération internationale aux fins de l'évaluation des effets transfrontières sur l'environnement, y compris sur la santé, des plans et programmes envisagés et, selon qu'il convient, des politiques et textes de loi envisagés,

Sont convenues de ce qui suit:

Article premier

Objet

Le présent Protocole a pour objet d'assurer un degré élevé de protection de l'environnement, y compris de la santé:

- a) En veillant à ce que les considérations d'environnement, y compris de santé, soient entièrement prises en compte dans l'élaboration des plans et des programmes;
- b) En contribuant à la prise en considération des préoccupations d'environnement, y compris de santé, dans l'élaboration des politiques et des textes de loi;
- c) En établissant des procédures claires, transparentes et efficaces d'évaluation stratégique environnementale;
- d) En assurant la participation du public à l'évaluation stratégique environnementale; et
- e) En intégrant, par ces moyens, les préoccupations d'environnement, y compris de santé, aux mesures et instruments destinés à promouvoir le développement durable.

Article 2

Définitions

Aux fins du présent Protocole,

1. Le terme «Convention» désigne la Convention sur l'évaluation de l'impact

in Anerkennung des am 25. Juni 1998 in Aarhus (Dänemark) beschlossenen Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten und unter Kenntnisnahme der einschlägigen Abschnitte der auf der ersten Tagung der Vertragsparteien angenommenen Erklärung von Lucca,

folglich im Bewusstsein, wie wichtig es ist, die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der strategischen Umweltprüfung vorzusehen,

in Anerkennung der Vorteile für die Gesundheit und das Wohlergehen gegenwärtiger und künftiger Generationen, die sich ergeben werden, wenn die Notwendigkeit des Schutzes und der Förderung der menschlichen Gesundheit als Bestandteil der strategischen Umweltprüfung Berücksichtigung findet, sowie in Anerkennung der Arbeit der Weltgesundheitsorganisation auf diesem Gebiet,

in Würdigung der Notwendigkeit und Bedeutung der Förderung internationaler Zusammenarbeit bei der Bewertung der grenzüberschreitenden Auswirkungen der vorgeschlagenen Pläne und Programme und in angemessenem Umfang der Politiken und Rechtsvorschriften auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

Ziel

Ziel dieses Protokolls ist es, ein hohes Niveau des Schutzes der Umwelt, einschließlich der Gesundheit, zu gewährleisten, indem

- a) sichergestellt wird, dass umweltbezogene, einschließlich gesundheitsbezogener, Erwägungen bei der Ausarbeitung von Plänen und Programmen umfassend berücksichtigt werden;
- b) dazu beigetragen wird, dass umweltbezogene, einschließlich gesundheitsbezogener, Belange bei der Vorbereitung von Politiken und Rechtsvorschriften erwogen werden;
- c) klare, transparente und effektive Verfahren für die strategische Umweltprüfung geschaffen werden;
- d) die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der strategischen Umweltprüfung gewährleistet wird und
- e) dadurch umweltbezogene, einschließlich gesundheitsbezogener, Belange in Maßnahmen und Instrumente zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung einbezogen werden.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Protokolls

1. bedeutet „Übereinkommen“ das Übereinkommen über die Umweltverträglich-

- | | | |
|--|--|---|
| <p>in a Transboundary Context.</p> <p>2. “Party” means, unless the text indicates otherwise, a Contracting Party to this Protocol.</p> <p>3. “Party of origin” means a Party or Parties to this Protocol within whose jurisdiction the preparation of a plan or programme is envisaged.</p> <p>4. “Affected Party” means a Party or Parties to this Protocol likely to be affected by the transboundary environmental, including health, effects of a plan or programme.</p> <p>5. “Plans and programmes” means plans and programmes and any modifications to them that are:</p> <p>(a) Required by legislative, regulatory or administrative provisions; and</p> <p>(b) Subject to preparation and/or adoption by an authority or prepared by an authority for adoption, through a formal procedure, by a parliament or a government.</p> <p>6. “Strategic environmental assessment” means the evaluation of the likely environmental, including health, effects, which comprises the determination of the scope of an environmental report and its preparation, the carrying-out of public participation and consultations, and the taking into account of the environmental report and the results of the public participation and consultations in a plan or programme.</p> <p>7. “Environmental, including health, effect” means any effect on the environment, including human health, flora, fauna, biodiversity, soil, climate, air, water, landscape, natural sites, material assets, cultural heritage and the interaction among these factors.</p> <p>8. “The public” means one or more natural or legal persons and, in accordance with national legislation or practice, their associations, organizations or groups.</p> | <p>sur l’environnement dans un contexte transfrontière;</p> <p>2. Le terme «Partie» désigne, sauf indication contraire, une Partie contractante au présent Protocole;</p> <p>3. L’expression «Partie d’origine» désigne la (ou les) Partie(s) au présent Protocole sous la juridiction de laquelle (ou desquelles) il est envisagé d’élaborer un plan ou un programme;</p> <p>4. L’expression «Partie touchée» désigne la (ou les) Partie(s) au présent Protocole susceptible(s) d’être touchée(s) par les effets transfrontières sur l’environnement, y compris sur la santé, d’un plan ou d’un programme;</p> <p>5. L’expression «plans et programmes» désigne les plans et programmes ainsi que les modifications y relatives, qui</p> <p>a) Sont prescrits par des dispositions législatives, réglementaires ou administratives; et</p> <p>b) Font l’objet d’un processus d’élaboration et/ou d’adoption par une autorité ou sont élaborés par une autorité aux fins d’adoption, suivant une procédure formelle, par le parlement ou le pouvoir exécutif;</p> <p>6. L’expression «évaluation stratégique environnementale» désigne l’évaluation des effets probables sur l’environnement, y compris sur la santé, qui comprend la délimitation du champ d’un rapport environnemental et son élaboration, la mise en œuvre d’un processus de participation et de consultation du public et la prise en compte du rapport environnemental et des résultats du processus de participation et de consultation du public dans un plan ou programme;</p> <p>7. L’expression «effet sur l’environnement, y compris sur la santé» désigne tout effet sur l’environnement, y compris sur la santé de l’homme, la flore, la faune, la diversité biologique, les sols, le climat, l’air, l’eau, les paysages, les sites naturels, les biens matériels, le patrimoine culturel et l’interaction entre ces facteurs;</p> <p>8. Le terme «public» désigne une ou plusieurs personnes physiques ou morales et, selon la législation ou la coutume du pays, les associations, organisations ou groupes constitués par ces personnes.</p> | <p>lichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen;</p> <p>2. bedeutet „Vertragspartei“, soweit sich aus dem Wortlaut nichts anderes ergibt, eine Vertragspartei dieses Protokolls;</p> <p>3. bedeutet „Ursprungspartei“ die Vertragspartei oder die Vertragsparteien dieses Protokolls, in deren Hoheitsbereich die Ausarbeitung eines Plans oder eines Programms beabsichtigt ist;</p> <p>4. bedeutet „betroffene Vertragspartei“ die Vertragspartei oder die Vertragsparteien dieses Protokolls, die voraussichtlich von den grenzüberschreitenden Auswirkungen eines Plans oder eines Programms auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, betroffen ist oder sind;</p> <p>5. bedeutet „Pläne und Programme“ Pläne und Programme sowie deren Änderungen,</p> <p>a) die aufgrund von Rechts- oder Verwaltungsvorschriften erstellt werden müssen und</p> <p>b) die von einer Behörde ausgearbeitet und/oder angenommen werden oder von einer Behörde für die Annahme durch das Parlament oder die Regierung im Wege eines formellen Verfahrens ausgearbeitet werden;</p> <p>6. bedeutet „strategische Umweltprüfung“ die Bewertung der voraussichtlichen Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, die die Festlegung des Umfangs des Untersuchungsrahmens eines Umweltberichts und seine Ausarbeitung, die Durchführung der Beteiligung und Anhörung der Öffentlichkeit sowie die Berücksichtigung des Umweltberichts und der Ergebnisse der Beteiligung und Anhörung der Öffentlichkeit in einem Plan oder einem Programm beinhaltet;</p> <p>7. bedeutet „Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit“ jede Auswirkung auf die Umwelt, einschließlich der Auswirkungen auf die Gesundheit des Menschen, auf Flora und Fauna, auf die biologische Vielfalt, auf Boden, Klima, Luft, Wasser, Landschaft, natürliche Lebensräume, Sachwerte und auf das kulturelle Erbe sowie die Wechselwirkung zwischen diesen Faktoren;</p> <p>8. bedeutet „Öffentlichkeit“ eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen und, in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder der innerstaatlichen Praxis, deren Vereinigungen, Organisationen oder Gruppen.</p> |
|--|--|---|

Article 3**General Provisions**

1. Each Party shall take the necessary legislative, regulatory and other appropriate

Article 3**Dispositions générales**

1. Chaque Partie prend les mesures législatives, réglementaires et autres né-

Artikel 3**Allgemeine Bestimmungen**

(1) Jede Vertragspartei ergreift die erforderlichen Gesetzgebungs-, Regelungs-

te measures to implement the provisions of this Protocol within a clear, transparent framework.

2. Each Party shall endeavour to ensure that officials and authorities assist and provide guidance to the public in matters covered by this Protocol.

3. Each Party shall provide for appropriate recognition of and support to associations, organizations or groups promoting environmental, including health, protection in the context of this Protocol.

4. The provisions of this Protocol shall not affect the right of a Party to maintain or introduce additional measures in relation to issues covered by this Protocol.

5. Each Party shall promote the objectives of this Protocol in relevant international decision-making processes and within the framework of relevant international organizations.

6. Each Party shall ensure that persons exercising their rights in conformity with the provisions of this Protocol shall not be penalized, persecuted or harassed in any way for their involvement. This provision shall not affect the powers of national courts to award reasonable costs in judicial proceedings.

7. Within the scope of the relevant provisions of this Protocol, the public shall be able to exercise its rights without discrimination as to citizenship, nationality or domicile and, in the case of a legal person, without discrimination as to where it has its registered seat or an effective centre of its activities.

cessaires pour appliquer les dispositions du présent Protocole dans un cadre précis et transparent.

2. Chaque Partie tâche de faire en sorte que les agents et les autorités aident le public et lui donnent des conseils dans les domaines visés par le présent Protocole.

3. Chaque Partie accorde la reconnaissance et l'appui voulus aux associations, organisations ou groupes qui œuvrent en faveur de la protection de l'environnement, y compris de la santé, dans le contexte du présent Protocole.

4. Les dispositions du présent Protocole ne portent pas atteinte au droit des Parties de maintenir ou d'adopter des mesures supplémentaires à l'égard des questions visées par le présent Protocole.

5. Chaque Partie œuvre en faveur des objectifs du présent Protocole dans les processus décisionnels internationaux pertinents et dans le cadre des organisations internationales compétentes.

6. Chaque Partie veille à ce que les personnes qui exercent leurs droits conformément aux dispositions du présent Protocole ne soient en aucune façon pénalisées, persécutées ou harcelées de ce fait. La présente disposition ne porte nullement atteinte au pouvoir des tribunaux nationaux d'accorder des dépens d'un montant raisonnable à l'issue d'une procédure judiciaire.

7. Dans les limites du champ des dispositions pertinentes du présent Protocole, le public a la possibilité d'exercer ses droits sans discrimination fondée sur la citoyenneté, la nationalité ou le domicile et, dans le cas d'une personne morale, sans discrimination concernant le lieu où elle a son siège officiel ou un véritable centre d'activité.

und sonstigen geeigneten Maßnahmen zur Durchführung dieses Protokolls in einem klaren, transparenten Rahmen.

(2) Jede Vertragspartei bemüht sich sicherzustellen, dass öffentlich Bedienstete und Behörden der Öffentlichkeit in Angelegenheiten, die durch dieses Protokoll erfasst sind, Unterstützung und Orientierungshilfe geben.

(3) Jede Vertragspartei sorgt für angemessene Anerkennung und Unterstützung von Vereinigungen, Organisationen oder Gruppen, die sich für den Umweltschutz, einschließlich des Gesundheitsschutzes, im Rahmen dieses Protokolls einsetzen.

(4) Dieses Protokoll lässt das Recht einer Vertragspartei unberührt, zusätzliche Maßnahmen in Bezug auf Angelegenheiten, die durch dieses Protokoll erfasst sind, beizubehalten oder zu ergreifen.

(5) Jede Vertragspartei fördert die Ziele dieses Protokolls in relevanten internationalen Entscheidungsverfahren sowie im Rahmen relevanter internationaler Organisationen.

(6) Jede Vertragspartei stellt sicher, dass Personen, die ihre Rechte im Einklang mit diesem Protokoll ausüben, hierfür nicht in irgendeiner Weise bestraft, verfolgt oder belästigt werden. Diese Bestimmung berührt nicht die Befugnis innerstaatlicher Gerichte, in Gerichtsverfahren angemessene Gerichtskosten zu erheben.

(7) Im Rahmen der einschlägigen Bestimmungen dieses Protokolls hat die Öffentlichkeit die Möglichkeit ihre Rechte auszuüben, ohne dabei wegen Staatsangehörigkeit, Volkszugehörigkeit oder Wohnsitz benachteiligt zu werden; eine juristische Person darf nicht aufgrund ihres eingetragenen Sitzes oder aufgrund des tatsächlichen Mittelpunkts ihrer Geschäftstätigkeit benachteiligt werden.

Article 4

Field of Application concerning Plans and Programmes

1. Each Party shall ensure that a strategic environmental assessment is carried out for plans and programmes referred to in paragraphs 2, 3 and 4 which are likely to have significant environmental, including health, effects.

2. A strategic environmental assessment shall be carried out for plans and programmes which are prepared for agriculture, forestry, fisheries, energy, industry including mining, transport, regional development, waste management, water management, telecommunications, tourism, town and country planning or land use, and which set the framework for future development consent for projects listed in annex I and any other project listed in

Article 4

Champ d'application concernant les plans et programmes

1. Chaque Partie veille à ce qu'une évaluation stratégique environnementale soit effectuée pour les plans et programmes visés aux paragraphes 2, 3 et 4 susceptibles d'avoir des effets notables sur l'environnement, y compris sur la santé.

2. Une évaluation stratégique environnementale est effectuée pour les plans et programmes qui sont élaborés pour l'agriculture, la sylviculture, la pêche, l'énergie, l'industrie, y compris l'extraction minière, les transports, le développement régional, la gestion des déchets, la gestion de l'eau, les télécommunications, le tourisme, l'urbanisme et l'aménagement du territoire ou l'affectation des sols, et qui définissent le cadre dans lequel la mise en œuvre des

Artikel 4

Anwendungsbereich für Pläne und Programme

(1) Jede Vertragspartei stellt sicher, dass die in den Absätzen 2, 3 und 4 genannten Pläne und Programme, die voraussichtlich erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, haben werden, einer strategischen Umweltprüfung unterzogen werden.

(2) Eine strategische Umweltprüfung wird bei Plänen und Programmen durchgeführt, die in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Energie, Industrie einschließlich Bergbau, Verkehr, regionale Entwicklung, Abfallwirtschaft, Wasserwirtschaft, Telekommunikation, Fremdenverkehr, Raumordnung oder Bodennutzung ausgearbeitet werden und durch die der Rahmen für die künftige Genehmigung der in Anhang I aufgeführten Vorha-

annex II that requires an environmental impact assessment under national legislation.

3. For plans and programmes other than those subject to paragraph 2 which set the framework for future development consent of projects, a strategic environmental assessment shall be carried out where a Party so determines according to article 5, paragraph 1.

4. For plans and programmes referred to in paragraph 2 which determine the use of small areas at local level and for minor modifications to plans and programmes referred to in paragraph 2, a strategic environmental assessment shall be carried out only where a Party so determines according to article 5, paragraph 1.

5. The following plans and programmes are not subject to this Protocol:

- (a) Plans and programmes whose sole purpose is to serve national defence or civil emergencies;
- (b) Financial or budget plans and programmes.

Article 5

Screening

1. Each Party shall determine whether plans and programmes referred to in article 4, paragraphs 3 and 4, are likely to have significant environmental, including health, effects either through a case-by-case examination or by specifying types of plans and programmes or by combining both approaches. For this purpose each Party shall in all cases take into account the criteria set out in annex III.

2. Each Party shall ensure that the environmental and health authorities referred to in article 9, paragraph 1, are consulted when applying the procedures referred to in paragraph 1 above.

3. To the extent appropriate, each Party shall endeavour to provide opportunities for the participation of the public concerned in the screening of plans and programmes under this article.

4. Each Party shall ensure timely public availability of the conclusions pursuant to paragraph 1, including the reasons for not requiring a strategic environmental assessment, whether by public notices or by other appropriate means, such as electronic media.

projets énumérés à l'annexe I, ainsi que de tout autre projet énuméré à l'annexe II qui doit faire l'objet d'une évaluation stratégique en vertu de la législation nationale, pourra être autorisée à l'avenir.

3. Pour les plans et programmes autres que ceux auxquels s'applique le paragraphe 2 et qui définissent le cadre dans lequel la mise en œuvre des projets pourra être autorisée à l'avenir, une évaluation stratégique environnementale est effectuée si une Partie en décide ainsi conformément au paragraphe 1 de l'article 5.

4. Pour les plans et programmes visés au paragraphe 2 qui déterminent l'utilisation de petites zones au niveau local et pour les modifications mineures des plans et programmes visés au paragraphe 2, une évaluation stratégique environnementale n'est effectuée que si une Partie en décide ainsi conformément au paragraphe 1 de l'article 5.

5. Ne sont pas couverts par le présent Protocole:

- a) Les plans et programmes destinés uniquement à des fins de défense nationale ou de protection civile;
- b) Les plans et programmes financiers ou budgétaires.

Article 5

Vérification préliminaire

1. Chaque Partie détermine si les plans et programmes visés aux paragraphes 3 et 4 de l'article 4 sont susceptibles d'avoir des effets notables sur l'environnement, y compris sur la santé, en procédant soit à un examen au cas par cas, soit à une spécification des types de plans et programmes, soit encore en combinant ces deux démarches. Pour ce faire, chaque Partie tient compte, en tout état de cause, des critères fixés à l'annexe III.

2. Chaque Partie veille à ce que les autorités responsables de l'environnement et de la santé visées au paragraphe 1 de l'article 9 soient consultées lors de l'application des procédures visées au paragraphe 1.

3. Selon qu'il convient, chaque Partie tâche de donner au public concerné la possibilité de participer à la vérification préliminaire des plans et programmes au titre du présent article.

4. Chaque Partie prend les mesures nécessaires pour que les conclusions auxquelles elle aboutit au titre du paragraphe 1, y compris les raisons de ne pas prévoir une évaluation stratégique environnementale, soient mises à la disposition du public en temps voulu, par voie d'un avis au public ou par d'autres moyens appropriés, y compris des médias électroniques.

ben und anderer in Anhang II aufgeführter Vorhaben, die einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften bedürfen, gesetzt wird.

(3) Bei nicht unter Absatz 2 fallenden Plänen und Programmen, durch die der Rahmen für die künftige Genehmigung von Vorhaben gesetzt wird, wird eine strategische Umweltprüfung durchgeführt, wenn eine Vertragspartei dies nach Artikel 5 Absatz 1 bestimmt.

(4) Die in Absatz 2 genannten Pläne und Programme, die die Nutzung kleiner Gebiete auf lokaler Ebene festlegen, sowie geringfügige Änderungen der in Absatz 2 genannten Pläne und Programme bedürfen nur dann einer strategischen Umweltprüfung, wenn eine Vertragspartei dies nach Artikel 5 Absatz 1 bestimmt.

(5) Die folgenden Pläne und Programme unterliegen diesem Protokoll nicht:

- a) Pläne und Programme, deren ausschließlicher Zweck die Landesverteidigung oder der Katastrophenschutz ist;
- b) Finanz- oder Haushaltspläne und -programme.

Artikel 5

Vorprüfung (Screening)

(1) Jede Vertragspartei bestimmt entweder durch Einzelfallprüfung oder durch Festlegung von Arten von Plänen und Programmen oder durch eine Kombination dieser beiden Ansätze, ob die in Artikel 4 Absätze 3 und 4 genannten Pläne und Programme voraussichtlich erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, haben werden. Zu diesem Zweck berücksichtigt jede Vertragspartei in jedem Fall die in Anhang III aufgeführten Kriterien.

(2) Jede Vertragspartei stellt sicher, dass die in Artikel 9 Absatz 1 genannten Umwelt- und Gesundheitsbehörden bei der Anwendung der in Absatz 1 genannten Verfahrensschritte konsultiert werden.

(3) Jede Vertragspartei bemüht sich in angemessenem Umfang darum, Möglichkeiten für die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit bei der Vorprüfung (Screening) von Plänen und Programmen nach diesem Artikel vorzusehen.

(4) Jede Vertragspartei sorgt dafür, dass die nach Absatz 1 gezogenen Schlussfolgerungen, einschließlich der Gründe für die Entscheidung, keine strategische Umweltprüfung vorzuschreiben, der Öffentlichkeit rechtzeitig zugänglich gemacht werden; dies kann durch öffentliche Bekanntmachung oder auf andere geeignete Weise, etwa durch elektronische Medien, erfolgen.

Article 6**Scoping**

1. Each Party shall establish arrangements for the determination of the relevant information to be included in the environmental report in accordance with article 7, paragraph 2.

2. Each Party shall ensure that the environmental and health authorities referred to in article 9, paragraph 1, are consulted when determining the relevant information to be included in the environmental report.

3. To the extent appropriate, each Party shall endeavour to provide opportunities for the participation of the public concerned when determining the relevant information to be included in the environmental report.

Article 7**Environmental Report**

1. For plans and programmes subject to strategic environmental assessment, each Party shall ensure that an environmental report is prepared.

2. The environmental report shall, in accordance with the determination under article 6, identify, describe and evaluate the likely significant environmental, including health, effects of implementing the plan or programme and its reasonable alternatives. The report shall contain such information specified in annex IV as may reasonably be required, taking into account:

- (a) Current knowledge and methods of assessment;
- (b) The contents and the level of detail of the plan or programme and its stage in the decision-making process;
- (c) The interests of the public; and
- (d) The information needs of the decision-making body.

3. Each Party shall ensure that environmental reports are of sufficient quality to meet the requirements of this Protocol.

Article 8**Public Participation**

1. Each Party shall ensure early, timely and effective opportunities for public participation, when all options are open, in the strategic environmental assessment of plans and programmes.

2. Each Party, using electronic media or other appropriate means, shall ensure the

Article 6**Délimitation du champ de l'évaluation**

1. Chaque Partie adopte des dispositions aux fins de déterminer les informations pertinentes à consigner dans le rapport environnemental conformément au paragraphe 2 de l'article 7.

2. Chaque Partie veille à ce que les autorités responsables de l'environnement et de la santé visées au paragraphe 1 de l'article 9 soient consultées au moment de déterminer les informations pertinentes à consigner dans le rapport environnemental.

3. Selon qu'il convient, chaque Partie tâche de donner au public concerné la possibilité de participer au processus de détermination des informations pertinentes à consigner dans le rapport environnemental.

Article 7**Rapport environnemental**

1. Pour les plans et programmes qui doivent faire l'objet d'une évaluation stratégique environnementale, chaque Partie veille à ce qu'un rapport environnemental soit élaboré.

2. Ce rapport détermine, décrit et évalue, conformément à la délimitation du champ effectuée au titre de l'article 6, les effets notables probables sur l'environnement, y compris sur la santé, de la mise en œuvre du plan ou du programme et des solutions de remplacement raisonnables. Il comprend les informations spécifiées à l'annexe IV qui peuvent être raisonnablement exigées, compte tenu:

- a) Des connaissances et des méthodes d'évaluation existantes;
- b) Du contenu et du degré de précision du plan ou du programme et de l'état d'avancement du processus décisionnel;
- c) De l'intérêt du public; et
- d) Des besoins d'information de l'organe décisionnaire.

3. Chaque Partie veille à ce que les rapports environnementaux aient la qualité voulue pour satisfaire aux prescriptions du présent Protocole.

Article 8**Participation du public**

1. Chaque Partie veille à ce que le public ait la possibilité de participer de manière effective, en temps voulu et le plus tôt possible, lorsque toutes les options sont encore envisageables, à l'évaluation stratégique environnementale des plans et programmes.

2. Chaque Partie veille à ce que, par des médias électroniques ou d'autres

Artikel 6**Festlegung des Umfangs des Untersuchungsrahmens (Scoping)**

(1) Jede Vertragspartei trifft Vorkehrungen für die Festlegung der relevanten Informationen, die in den Umweltbericht nach Artikel 7 Absatz 2 aufzunehmen sind.

(2) Jede Vertragspartei stellt sicher, dass die in Artikel 9 Absatz 1 genannten Umwelt- und Gesundheitsbehörden bei der Festlegung der in den Umweltbericht aufzunehmenden relevanten Informationen konsultiert werden.

(3) Jede Vertragspartei bemüht sich in angemessenem Umfang darum, Möglichkeiten für die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit bei der Festlegung der in den Umweltbericht aufzunehmenden relevanten Informationen vorzusehen.

Artikel 7**Umweltbericht**

(1) Bei Plänen und Programmen, die einer strategischen Umweltprüfung unterliegen, stellt jede Vertragspartei sicher, dass ein Umweltbericht erstellt wird.

(2) Im Umweltbericht sind in Übereinstimmung mit der nach Artikel 6 getroffenen Festlegung die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Plans oder des Programms auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, sowie vernünftige Alternativen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Der Bericht enthält die in Anhang IV genannten Informationen, die vernünftigerweise verlangt werden können, und berücksichtigt dabei

- a) den gegenwärtigen Wissensstand und aktuelle Prüfmethode;
- b) Inhalt und Detaillierungsgrad des Plans oder des Programms und dessen Stellung im Entscheidungsverfahren;
- c) die Interessen der Öffentlichkeit und
- d) den Informationsbedarf des Entscheidungsträgers.

(3) Jede Vertragspartei stellt sicher, dass die Umweltberichte von ausreichender Qualität sind, um die Anforderungen dieses Protokolls zu erfüllen.

Artikel 8**Öffentlichkeitsbeteiligung**

(1) Jede Vertragspartei sorgt für frühzeitige, rechtzeitige und effektive Möglichkeiten der Beteiligung der Öffentlichkeit bei einer strategischen Umweltprüfung von Plänen und Programmen zu einem Zeitpunkt, zu dem alle Optionen noch offen sind.

(2) Jede Vertragspartei stellt durch Verwendung elektronischer Medien oder

timely public availability of the draft plan or programme and the environmental report.

3. Each Party shall ensure that the public concerned, including relevant non-governmental organizations, is identified for the purposes of paragraphs 1 and 4.

4. Each Party shall ensure that the public referred to in paragraph 3 has the opportunity to express its opinion on the draft plan or programme and the environmental report within a reasonable time frame.

5. Each Party shall ensure that the detailed arrangements for informing the public and consulting the public concerned are determined and made publicly available. For this purpose, each Party shall take into account to the extent appropriate the elements listed in annex V.

Article 9

Consultation with Environmental and Health Authorities

1. Each Party shall designate the authorities to be consulted which, by reason of their specific environmental or health responsibilities, are likely to be concerned by the environmental, including health, effects of the implementation of the plan or programme.

2. The draft plan or programme and the environmental report shall be made available to the authorities referred to in paragraph 1.

3. Each Party shall ensure that the authorities referred to in paragraph 1 are given, in an early, timely and effective manner, the opportunity to express their opinion on the draft plan or programme and the environmental report.

4. Each Party shall determine the detailed arrangements for informing and consulting the environmental and health authorities referred to in paragraph 1.

Article 10

Transboundary Consultations

1. Where a Party of origin considers that the implementation of a plan or programme is likely to have significant transboundary environmental, including health, effects or where a Party likely to be significantly affected so requests, the Party of origin shall as early as possible before the adoption of the plan or programme notify the affected Party.

moyens appropriés, le projet de plan ou de programme et le rapport environnemental soient mis à la disposition du public en temps voulu.

3. Chaque Partie veille à ce que le public concerné, y compris les organisations non gouvernementales intéressées, soit identifié aux fins des paragraphes 1 et 4.

4. Chaque Partie veille à ce que le public visé au paragraphe 3 ait la possibilité de donner son avis sur le projet de plan ou de programme et le rapport environnemental dans des délais raisonnables.

5. Chaque Partie veille à ce que les dispositions précises à prendre pour informer le public et consulter le public concerné soient arrêtées et rendues publiques. À cet effet, chaque Partie tient compte, selon qu'il convient, des éléments énumérés à l'annexe V.

Article 9

Consultation des autorités responsables de l'environnement et de la santé

1. Chaque Partie désigne les autorités à consulter; il s'agit des autorités qui, du fait des responsabilités particulières qu'elles assument dans le domaine de l'environnement ou de la santé, sont susceptibles d'être concernées par les effets sur l'environnement, y compris sur la santé, de la mise en œuvre du plan ou du programme.

2. Le projet de plan ou de programme et le rapport environnemental sont mis à la disposition des autorités visées au paragraphe 1.

3. Chaque Partie veille à ce que les autorités visées au paragraphe 1 aient de manière effective, en temps voulu et le plus tôt possible, la possibilité de donner leur avis sur le projet de plan ou de programme et le rapport environnemental.

4. Chaque Partie arrête les dispositions précises à prendre pour informer et consulter les autorités responsables de l'environnement et de la santé visées au paragraphe 1.

Article 10

Consultations transfrontières

1. Lorsqu'une Partie d'origine considère que la mise en œuvre d'un plan ou d'un programme est susceptible d'avoir des effets transfrontières notables sur l'environnement, y compris sur la santé, ou lorsqu'une Partie susceptible d'être touchée de manière notable en fait la demande, la Partie d'origine adresse, dès que possible avant l'adoption du plan ou du programme, une notification à la Partie touchée.

anderer geeigneter Mittel sicher, dass der Entwurf eines Plans oder eines Programms und der Umweltbericht der Öffentlichkeit rechtzeitig zugänglich gemacht werden.

(3) Jede Vertragspartei stellt sicher, dass die betroffene Öffentlichkeit, darunter auch relevante nichtstaatliche Organisationen, für die in den Absätzen 1 und 4 genannten Zwecke bestimmt wird.

(4) Jede Vertragspartei stellt sicher, dass die in Absatz 3 genannte Öffentlichkeit innerhalb einer angemessenen Frist Gelegenheit erhält, zum Entwurf eines Plans oder eines Programms sowie zum Umweltbericht Stellung zu nehmen.

(5) Jede Vertragspartei stellt sicher, dass die Einzelheiten für die Information der Öffentlichkeit und die Konsultation der betroffenen Öffentlichkeit bestimmt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dabei berücksichtigt jede Vertragspartei in angemessenem Umfang die in Anhang V aufgeführten Elemente.

Artikel 9

Konsultation der Umwelt- und Gesundheitsbehörden

(1) Jede Vertragspartei bestimmt die zu konsultierenden Behörden, die aufgrund ihres umwelt- oder gesundheitsbezogenen Aufgabenbereichs von den durch die Durchführung des Plans oder des Programms verursachten Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, voraussichtlich betroffen sein werden.

(2) Der Entwurf des Plans oder des Programms und der Umweltbericht werden den in Absatz 1 genannten Behörden zugänglich gemacht.

(3) Jede Vertragspartei stellt sicher, dass den in Absatz 1 genannten Behörden in frühzeitiger, rechtzeitiger und effektiver Weise Gelegenheit gegeben wird, zum Entwurf des Plans oder des Programms sowie zum Umweltbericht Stellung zu nehmen.

(4) Jede Vertragspartei bestimmt die Einzelheiten für die Information und Konsultation der in Absatz 1 genannten Umwelt- und Gesundheitsbehörden.

Artikel 10

Grenzüberschreitende Konsultationen

(1) Ist eine Ursprungspartei der Auffassung, dass die Durchführung eines Plans oder eines Programms voraussichtlich erhebliche grenzüberschreitende Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, haben wird, oder stellt eine Vertragspartei, die voraussichtlich erheblich betroffen sein wird, ein entsprechendes Ersuchen, so benachrichtigt die Ursprungspartei die betroffene Vertragspartei so früh wie möglich vor der Annahme des Plans oder des Programms.

2. This notification shall contain, inter alia:

- (a) The draft plan or programme and the environmental report including information on its possible transboundary environmental, including health, effects; and
- (b) Information regarding the decision-making procedure, including an indication of a reasonable time schedule for the transmission of comments.

3. The affected Party shall, within the time specified in the notification, indicate to the Party of origin whether it wishes to enter into consultations before the adoption of the plan or programme and, if it so indicates, the Parties concerned shall enter into consultations concerning the likely transboundary environmental, including health, effects of implementing the plan or programme and the measures envisaged to prevent, reduce or mitigate adverse effects.

4. Where such consultations take place, the Parties concerned shall agree on detailed arrangements to ensure that the public concerned and the authorities referred to in article 9, paragraph 1, in the affected Party are informed and given an opportunity to forward their opinion on the draft plan or programme and the environmental report within a reasonable time frame.

2. La notification contient notamment:

- a) Le projet de plan ou de programme et le rapport environnemental, notamment des informations sur les effets transfrontières probables de la mise en œuvre du plan ou programme; et
- b) Des informations sur la procédure de prise de décisions, y compris l'indication d'un délai raisonnable pour la communication d'observations.

3. La Partie touchée fait savoir à la Partie d'origine, dans le délai fixé dans la notification, si elle souhaite engager des consultations avant l'adoption du plan ou du programme et, le cas échéant, les Parties concernées engagent des consultations au sujet des effets transfrontières probables sur l'environnement, y compris sur la santé, de la mise en œuvre du plan ou du programme, et des mesures envisagées pour en prévenir, réduire ou atténuer les effets négatifs.

4. Lorsque de telles consultations ont lieu, les Parties concernées conviennent des dispositions précises à prendre pour veiller à ce que le public concerné et les autorités de la Partie touchée visées au paragraphe 1 de l'article 9 soient informés et puissent donner leur avis dans des délais raisonnables au sujet du projet de plan ou de programme et du rapport environnemental.

(2) Die Benachrichtigung enthält insbesondere

- a) den Entwurf des Plans oder des Programms und den Umweltbericht mit den Informationen über mögliche grenzüberschreitende Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, und
- b) Informationen über das Entscheidungsverfahren, einschließlich der Angabe einer angemessenen Frist für die Übermittlung von Stellungnahmen.

(3) Die betroffene Vertragspartei unterrichtet die Ursprungspartei innerhalb der in der Benachrichtigung angegebenen Frist darüber, ob sie vor der Annahme des Plans oder des Programms Konsultationen wünscht; ist dies der Fall, so nehmen die betreffenden Vertragsparteien Konsultationen auf über die voraussichtlichen grenzüberschreitenden Auswirkungen, die die Durchführung des Plans oder des Programms auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, haben wird, und über die geplanten Maßnahmen zur Verhinderung, Verringerung oder Milderung nachteiliger Auswirkungen.

(4) Finden solche Konsultationen statt, so verständigen sich die betreffenden Vertragsparteien auf Einzelheiten, um sicherzustellen, dass die betroffene Öffentlichkeit und die in Artikel 9 Absatz 1 genannten Behörden der betroffenen Vertragspartei unterrichtet werden und Gelegenheit erhalten, zum Entwurf des Plans oder des Programms und zum Umweltbericht innerhalb einer angemessenen Frist Stellung zu nehmen.

Article 11

Decision

1. Each Party shall ensure that when a plan or programme is adopted due account is taken of:

- (a) The conclusions of the environmental report;
- (b) The measures to prevent, reduce or mitigate the adverse effects identified in the environmental report; and
- (c) The comments received in accordance with articles 8 to 10.

2. Each Party shall ensure that, when a plan or programme is adopted, the public, the authorities referred to in article 9, paragraph 1, and the Parties consulted according to article 10 are informed, and that the plan or programme is made available to them together with a statement summarizing how the environmental, including health, considerations have been integrated into it, how the comments received in accordance with articles 8 to 10 have been

Article 11

Décision

1. Chaque Partie veille à ce que les plans ou programmes adoptés tiennent dûment compte:

- a) Des conclusions du rapport environnemental;
- b) Des mesures envisagées pour prévenir, réduire ou atténuer les effets négatifs déterminés dans le rapport environnemental; et
- c) Des observations reçues conformément aux articles 8 à 10.

2. Chaque Partie veille, lorsqu'un plan ou un programme est adopté, à ce que le public, les autorités visées au paragraphe 1 de l'article 9 et les Parties consultées conformément à l'article 10 en soient informés et à ce que le plan ou programme leur soit communiqué, accompagné d'une déclaration résumant la manière dont les considérations d'environnement, y compris de santé, y ont été intégrées, la manière dont les observations reçues con-

Artikel 11

Entscheidung

(1) Jede Vertragspartei stellt sicher, dass bei der Annahme eines Plans oder eines Programms Folgendes gebührend berücksichtigt wird:

- a) die Schlussfolgerungen des Umweltberichts;
- b) die Maßnahmen zur Verhinderung, Verringerung oder Milderung der im Umweltbericht festgestellten nachteiligen Auswirkungen und
- c) die nach den Artikeln 8 bis 10 eingegangenen Stellungnahmen.

(2) Jede Vertragspartei stellt sicher, dass nach der Annahme eines Plans oder eines Programms die Öffentlichkeit, die in Artikel 9 Absatz 1 genannten Behörden und die nach Artikel 10 konsultierten Vertragsparteien davon unterrichtet werden und dass der Plan oder das Programm ihnen nebst einer zusammenfassenden Erklärung zugänglich gemacht wird, aus der hervorgeht, wie umweltbezogene, einschließlich gesundheitsbezogener, Erwä-

taken into account and the reasons for adopting it in the light of the reasonable alternatives considered.

formément aux articles 8 à 10 ont été prises en considération ainsi que les raisons de son adoption compte tenu des autres solutions raisonnables qui avaient été envisagées.

gungen darin einbezogen wurden, wie die nach den Artikeln 8 bis 10 eingegangenen Stellungnahmen berücksichtigt wurden und welche Gründe nach Abwägung der geprüften vernünftigen Alternativen für seine Annahme ausschlaggebend waren.

Article 12 **Monitoring**

1. Each Party shall monitor the significant environmental, including health, effects of the implementation of the plans and programmes, adopted under article 11 in order, inter alia, to identify, at an early stage, unforeseen adverse effects and to be able to undertake appropriate remedial action.

2. The results of the monitoring undertaken shall be made available, in accordance with national legislation, to the authorities referred to in article 9, paragraph 1, and to the public.

Article 12 **Suivi**

1. Chaque Partie assure le suivi des effets notables sur l'environnement, y compris sur la santé, de la mise en œuvre des plans et programmes adoptés au titre de l'article 11 afin, notamment, d'en déterminer à un stade précoce les effets négatifs imprévus et de pouvoir engager les actions palliatives appropriées.

2. Les résultats des activités de suivi entreprises sont communiqués, conformément à la législation nationale, aux autorités visées au paragraphe 1 de l'article 9 ainsi qu'au public.

Artikel 12 **Überwachung (Monitoring)**

(1) Jede Vertragspartei überwacht die erheblichen Auswirkungen der Durchführung der nach Artikel 11 angenommenen Pläne und Programme auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, um unter anderem frühzeitig unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen zu ermitteln und um in der Lage zu sein, geeignete Abhilfemaßnahmen zu ergreifen.

(2) Die Ergebnisse der durchgeführten Überwachung sind in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften den in Artikel 9 Absatz 1 genannten Behörden sowie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Article 13 **Policies and Legislation**

1. Each Party shall endeavour to ensure that environmental, including health, concerns are considered and integrated to the extent appropriate in the preparation of its proposals for policies and legislation that are likely to have significant effects on the environment, including health.

2. In applying paragraph 1, each Party shall consider the appropriate principles and elements of this Protocol.

3. Each Party shall determine, where appropriate, the practical arrangements for the consideration and integration of environmental, including health, concerns in accordance with paragraph 1, taking into account the need for transparency in decision-making.

4. Each Party shall report to the Meeting of the Parties to the Convention serving as the Meeting of the Parties to this Protocol on its application of this article.

Article 13 **Politiques et législation**

1. Chaque Partie s'efforce de veiller à ce que les préoccupations d'environnement, y compris de santé, soient prises en considération et intégrées, selon qu'il convient, dans le processus d'élaboration de ses projets de textes politiques ou législatifs qui sont susceptibles d'avoir des effets notables sur l'environnement, y compris sur la santé.

2. Lors de l'application du paragraphe 1, chaque Partie prend en considération les principes et les éléments pertinents du présent Protocole.

3. Chaque Partie arrête, le cas échéant, les modalités pratiques de la prise en considération et de l'intégration des préoccupations d'environnement, y compris de santé, conformément au paragraphe 1, en tenant compte de la nécessité d'assurer la transparence du processus décisionnel.

4. Chaque Partie rend compte à la Réunion des Parties à la Convention agissant comme Réunion des Parties au présent Protocole des mesures qu'elle prend pour mettre en œuvre le présent article.

Artikel 13 **Politiken und Rechtsvorschriften**

(1) Jede Vertragspartei bemüht sich sicherzustellen, dass umweltbezogene, einschließlich gesundheitsbezogener, Belange bei der Vorbereitung von ihr geplanter Politiken und Rechtsvorschriften, die voraussichtlich erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, haben werden, in angemessenem Umfang erwogen und einbezogen werden.

(2) Bei der Anwendung des Absatzes 1 beachtet jede Vertragspartei die geeigneten Grundsätze und Bestandteile dieses Protokolls.

(3) Jede Vertragspartei bestimmt gegebenenfalls die praktischen Einzelheiten für die Erwägung und Einbeziehung umweltbezogener, einschließlich gesundheitsbezogener, Belange in Übereinstimmung mit Absatz 1 und berücksichtigt dabei die Notwendigkeit der Transparenz in der Entscheidungsfindung.

(4) Jede Vertragspartei erstattet der Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens, die als Tagung der Vertragsparteien dieses Protokolls dient, Bericht über ihre Anwendung dieses Artikels.

Article 14 **The Meeting of the Parties to the Convention serving as the Meeting of the Parties to the Protocol**

1. The Meeting of the Parties to the Convention shall serve as the Meeting of the Parties to this Protocol. The first meeting of the Parties to the Convention serving as the Meeting of the Parties to this Protocol shall be convened not later than one year after the date of entry into force of this Protocol, and in conjunction with a meeting of the Parties to the Convention, if

Article 14 **Réunion des Parties à la Convention agissant comme Réunion des Parties au Protocole**

1. La Réunion des Parties à la Convention fait fonction de Réunion des Parties au présent Protocole. La première réunion des Parties à la Convention agissant comme Réunion des Parties au présent Protocole est convoquée un an au plus tard après la date d'entrée en vigueur du Protocole, et à l'occasion d'une réunion des Parties à la Convention si une telle

Artikel 14 **Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens, die als Tagung der Vertragsparteien des Protokolls dient**

(1) Die Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens dient als Tagung der Vertragsparteien dieses Protokolls. Die erste Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens, die als Tagung der Vertragsparteien dieses Protokolls dient, wird spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Protokolls zusammen mit einer Tagung der Vertragsparteien des Übereinkom-

a meeting of the latter is scheduled within that period. Subsequent meetings of the Parties to the Convention serving as the Meeting of the Parties to this Protocol shall be held in conjunction with meetings of the Parties to the Convention, unless otherwise decided by the Meeting of the Parties to the Convention serving as the Meeting of the Parties to this Protocol.

2. Parties to the Convention which are not Parties to this Protocol may participate as observers in the proceedings of any session of the Meeting of the Parties to the Convention serving as the Meeting of the Parties to this Protocol. When the Meeting of the Parties to the Convention serves as the Meeting of the Parties to this Protocol, decisions under this Protocol shall be taken only by the Parties to this Protocol.

3. When the Meeting of the Parties to the Convention serves as the Meeting of the Parties to this Protocol, any member of the Bureau of the Meeting of the Parties representing a Party to the Convention that is not, at that time, a Party to this Protocol shall be replaced by another member to be elected by and from amongst the Parties to this Protocol.

4. The Meeting of the Parties to the Convention serving as the Meeting of the Parties to this Protocol shall keep under regular review the implementation of this Protocol and, for this purpose, shall:

- (a) Review policies for and methodological approaches to strategic environmental assessment with a view to further improving the procedures provided for under this Protocol;
- (b) Exchange information regarding experience gained in strategic environmental assessment and in the implementation of this Protocol;
- (c) Seek, where appropriate, the services and cooperation of competent bodies having expertise pertinent to the achievement of the purposes of this Protocol;
- (d) Establish such subsidiary bodies as it considers necessary for the implementation of this Protocol;
- (e) Where necessary, consider and adopt proposals for amendments to this Protocol; and
- (f) Consider and undertake any additional action, including action to be carried out jointly under this Protocol and the Convention, that may be required for the achievement of the purposes of this Protocol.

réunion est prévue dans ce délai. Par la suite, les réunions des Parties à la Convention agissant comme Réunion des Parties au présent Protocole se tiendront à l'occasion des réunions des Parties à la Convention, à moins que la Réunion des Parties à la Convention agissant comme Réunion des Parties au présent Protocole n'en décide autrement.

2. Les Parties à la Convention qui ne sont pas parties au présent Protocole peuvent assister en qualité d'observateurs aux débats de toute session de la Réunion des Parties à la Convention agissant comme Réunion des Parties au présent Protocole. Lorsque la Réunion des Parties à la Convention agit comme Réunion des Parties au Protocole, les décisions au titre du présent Protocole ne peuvent être prises que par les Parties audit Protocole.

3. Lorsque la Réunion des Parties à la Convention fait fonction de Réunion des Parties au présent Protocole, tout membre du Bureau de la Réunion des Parties représentant une Partie à la Convention qui n'est pas, au moment considéré, partie au Protocole, est remplacé par un autre membre qui sera élu par les Parties au présent Protocole et parmi celles-ci.

4. La Réunion des Parties à la Convention agissant comme Réunion des Parties au présent Protocole suit en permanence la mise en œuvre du présent Protocole et, à cet effet:

- a) Examine les politiques appliquées et les démarches méthodologiques suivies aux fins de l'évaluation stratégique environnementale en vue d'améliorer encore les procédures prévues dans le présent Protocole;
- b) Procède à un échange d'informations sur l'expérience acquise dans le domaine de l'évaluation stratégique environnementale et dans le cadre de la mise en œuvre du présent Protocole;
- c) Fait appel, lorsqu'il y a lieu, aux services et au concours des organes dont la compétence peut être utile à la réalisation des objectifs du présent Protocole;
- d) Établit les organes subsidiaires qu'elle juge nécessaires pour la mise en œuvre du présent Protocole;
- e) Examine et adopte, s'il y a lieu, des propositions d'amendement au présent Protocole; et
- f) Envisage et entreprend toute autre action, notamment sous la forme d'initiatives conjointes au titre du présent Protocole et de la Convention, qui peut se révéler nécessaire à la réalisation des objectifs du présent Protocole.

mens einberufen, wenn eine Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens innerhalb dieser Frist anberaumt ist. Nachfolgende Tagungen der Vertragsparteien des Übereinkommens, die als Tagung der Vertragsparteien dieses Protokolls dienen, finden zusammen mit den Tagungen der Vertragsparteien des Übereinkommens statt, sofern die Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens, die als Tagung der Vertragsparteien dieses Protokolls dient, nichts anderes beschließt.

(2) Vertragsparteien des Übereinkommens, die nicht Vertragsparteien dieses Protokolls sind, können an jeder Sitzung der Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens, die als Tagung der Vertragsparteien dieses Protokolls dient, als Beobachter teilnehmen. Dient die Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens als Tagung der Vertragsparteien dieses Protokolls, so werden Beschlüsse im Rahmen dieses Protokolls ausschließlich von den Vertragsparteien dieses Protokolls gefasst.

(3) Dient die Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens als Tagung der Vertragsparteien dieses Protokolls, so wird jedes Mitglied des Büros der Tagung der Vertragsparteien, das eine Vertragspartei des Übereinkommens vertritt, die zu diesem Zeitpunkt nicht Vertragspartei dieses Protokolls ist, durch ein von den Vertragsparteien dieses Protokolls aus ihrer Mitte gewähltes anderes Mitglied ersetzt.

(4) Die Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens, die als Tagung der Vertragsparteien dieses Protokolls dient, überprüft laufend die Durchführung dieses Protokolls; zu diesem Zweck

- a) überprüft sie die Konzepte und methodischen Ansätze für die strategische Umweltprüfung im Hinblick auf eine weitere Verbesserung der im Rahmen dieses Protokolls vorgesehenen Verfahren;
- b) tauscht sie Informationen über Erfahrungen mit der strategischen Umweltprüfung und der Durchführung dieses Protokolls aus;
- c) erbittet sie gegebenenfalls die Dienste fachkundiger Gremien, die im Zusammenhang mit der Erfüllung der Zwecke dieses Protokolls über einschlägige Fachkenntnisse verfügen, und strebt eine Zusammenarbeit mit diesen an;
- d) setzt sie, wenn sie dies für notwendig erachtet, zur Durchführung dieses Protokolls Nebengremien ein;
- e) prüft sie nötigenfalls Vorschläge zur Änderung dieses Protokolls und nimmt sie an;
- f) prüft und trifft sie zusätzliche Maßnahmen, einschließlich der nach diesem Protokoll und dem Übereinkommen gemeinsam durchzuführenden Maßnahmen, die sich zur Erfüllung der Zwecke dieses Protokolls als notwendig erweisen könnten.

5. The rules of procedure of the Meeting of the Parties to the Convention shall be applied *mutatis mutandis* under this Protocol, except as may otherwise be decided by consensus by the Meeting of the Parties serving as the Meeting of the Parties to this Protocol.

6. At its first meeting, the Meeting of the Parties to the Convention serving as the Meeting of the Parties to this Protocol shall consider and adopt the modalities for applying the procedure for the review of compliance with the Convention to this Protocol.

7. Each Party shall, at intervals to be determined by the Meeting of the Parties to the Convention serving as the Meeting of the Parties to this Protocol, report to the Meeting of the Parties to the Convention serving as the Meeting of the Parties to the Protocol on measures that it has taken to implement the Protocol.

Article 15

Relationship to other International Agreements

The relevant provisions of this Protocol shall apply without prejudice to the UNECE Conventions on Environmental Impact Assessment in a Transboundary Context and on Access to Information, Public Participation in Decision-making and Access to Justice in Environmental Matters.

Article 16

Right to vote

1. Except as provided for in paragraph 2 below, each Party to this Protocol shall have one vote.

2. Regional economic integration organizations, in matters within their competence, shall exercise their right to vote with a number of votes equal to the number of their member States which are Parties to this Protocol. Such organizations shall not exercise their right to vote if their member States exercise theirs, and vice versa.

Article 17

Secretariat

The secretariat established by article 13 of the Convention shall serve as the secretariat of this Protocol and article 13, paragraphs (a) to (c), of the Convention on the functions of the secretariat shall apply *mutatis mutandis* to this Protocol.

Article 18

Annexes

The annexes to this Protocol shall constitute an integral part thereof.

5. Le règlement intérieur de la Réunion des Parties à la Convention s'applique *mutatis mutandis* dans le cadre du présent Protocole, à moins que la Réunion des Parties agissant comme Réunion des Parties au présent Protocole n'en décide autrement par consensus.

6. La première Réunion des Parties à la Convention agissant comme Réunion des Parties au présent Protocole examine et adopte les modalités à suivre pour appliquer au présent Protocole la procédure d'examen du respect des dispositions de la Convention.

7. Chaque Partie rend compte à la Réunion des Parties à la Convention agissant comme Réunion des Parties au présent Protocole, à des intervalles qui seront fixés par ladite Réunion, des mesures qu'elle prend pour mettre en œuvre le Protocole.

Article 15

Lien avec d'autres accords internationaux

Les dispositions pertinentes du présent Protocole s'appliquent sans préjudice de la Convention de la CEE-ONU sur l'évaluation de l'impact sur l'environnement dans un contexte transfrontière et de la Convention de la CEE-ONU sur l'accès à l'information, la participation du public au processus décisionnel et l'accès à la justice en matière d'environnement.

Article 16

Droit de vote

1. Sous réserve des dispositions du paragraphe 2 ci-après, chaque Partie au présent Protocole dispose d'une voix.

2. Dans les domaines relevant de leur compétence, les organisations d'intégration économique régionale disposent, pour exercer leur droit de vote, d'un nombre de voix égal au nombre de leurs États membres qui sont parties au présent Protocole. Ces organisations n'exercent pas leur droit de vote si leurs États membres exercent le leur, et inversement.

Article 17

Secrétariat

Le secrétariat créé en application de l'article 13 de la Convention assure le secrétariat du présent Protocole et les paragraphes a) à c) de l'article 13 de la Convention relatifs aux fonctions du secrétariat s'appliquent *mutatis mutandis* au présent Protocole.

Article 18

Annexes

Les annexes du présent Protocole font partie intégrante de ce dernier.

(5) Die Geschäftsordnung der Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens findet im Rahmen dieses Protokolls sinngemäß Anwendung, sofern die Tagung der Vertragsparteien, die als Tagung der Vertragsparteien dieses Protokolls dient, nicht durch Konsens etwas anderes beschließt.

(6) Die erste Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens, die als Tagung der Vertragsparteien dieses Protokolls dient, prüft die Modalitäten für die Anwendung des Verfahrens zur Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen des Übereinkommens auf dieses Protokoll und nimmt diese Modalitäten an.

(7) In Zeitabständen, die von der Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens, die als Tagung der Vertragsparteien dieses Protokolls dient, zu bestimmen sind, erstattet ihr jede Vertragspartei Bericht über die von der betreffenden Vertragspartei zur Durchführung dieses Protokolls ergriffenen Maßnahmen.

Artikel 15

Verhältnis zu anderen internationalen Übereinkünften

Die einschlägigen Bestimmungen dieses Protokolls gelten unbeschadet des Übereinkommens der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen und des Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten.

Artikel 16

Stimmrecht

(1) Jede Vertragspartei dieses Protokolls hat eine Stimme, soweit in Absatz 2 nichts anderes bestimmt ist.

(2) Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration üben in Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit ihr Stimmrecht mit der Anzahl von Stimmen aus, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, welche Vertragsparteien dieses Protokolls sind. Diese Organisationen üben ihr Stimmrecht nicht aus, wenn ihre Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht ausüben, und umgekehrt.

Artikel 17

Sekretariat

Das durch Artikel 13 des Übereinkommens geschaffene Sekretariat dient als Sekretariat dieses Protokolls, und Artikel 13 Buchstaben a bis c des Übereinkommens über die Aufgaben des Sekretariats findet für dieses Protokoll sinngemäß Anwendung.

Artikel 18

Anhänge

Die Anhänge dieses Protokolls sind Bestandteil des Protokolls.

Article 19**Amendments to the Protocol**

1. Any Party may propose amendments to this Protocol.

2. Subject to paragraph 3, the procedure for proposing, adopting and the entry into force of amendments to the Convention laid down in paragraphs 2 to 5 of article 14 of the Convention shall apply, *mutatis mutandis*, to amendments to this Protocol.

3. For the purpose of this Protocol, the three fourths of the Parties required for an amendment to enter into force for Parties having ratified, approved or accepted it, shall be calculated on the basis of the number of Parties at the time of the adoption of the amendment.

Article 19**Amendements au Protocole**

1. Toute Partie peut proposer des amendements au présent Protocole.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 3, la procédure de proposition, d'adoption et d'entrée en vigueur des amendements à la Convention établie aux paragraphes 2 à 5 de l'article 14 de la Convention s'applique *mutatis mutandis* aux amendements au présent Protocole.

3. Aux fins du présent Protocole, la proportion des trois quarts des Parties requise pour qu'un amendement entre en vigueur à l'égard des Parties qui l'ont ratifié, approuvé ou accepté, est calculée sur la base du nombre de Parties à la date de l'adoption de l'amendement.

Artikel 19**Änderungen des Protokolls**

(1) Jede Vertragspartei kann Änderungen dieses Protokolls vorschlagen.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 3 findet das in Artikel 14 Absätze 2 bis 5 des Übereinkommens festgelegte Verfahren für das Vorschlagen, Beschließen und Inkrafttreten von Änderungen des Übereinkommens auf Änderungen dieses Protokolls sinngemäß Anwendung.

(3) Für die Zwecke dieses Protokolls werden die für das Inkrafttreten einer Änderung erforderlichen drei Viertel der Vertragsparteien, die diese Änderung ratifiziert, genehmigt oder angenommen haben, auf der Grundlage der Anzahl der Vertragsparteien zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Änderung berechnet.

Article 20**Settlement of Disputes**

The provisions on the settlement of disputes of article 15 of the Convention shall apply *mutatis mutandis* to this Protocol.

Article 20**Règlement des différends**

Les dispositions de l'article 15 de la Convention relatives au règlement des différends s'appliquent *mutatis mutandis* au présent Protocole.

Artikel 20**Beilegung von Streitigkeiten**

Die Bestimmungen des Artikels 15 des Übereinkommens über die Beilegung von Streitigkeiten finden auf dieses Protokoll sinngemäß Anwendung.

Article 21**Signature**

This Protocol shall be open for signature at Kiev (Ukraine) from 21 to 23 May 2003 and thereafter at United Nations Headquarters in New York until 31 December 2003, by States members of the Economic Commission for Europe as well as States having consultative status with the Economic Commission for Europe pursuant to paragraphs 8 and 11 of Economic and Social Council resolution 36 (IV) of 28 March 1947, and by regional economic integration organizations constituted by sovereign States members of the Economic Commission for Europe to which their member States have transferred competence over matters governed by this Protocol, including the competence to enter into treaties in respect of these matters.

Article 21**Signature**

Le présent Protocole est ouvert à la signature des États membres de la Commission économique pour l'Europe ainsi que des États dotés du statut consultatif auprès de la Commission économique pour l'Europe en vertu des paragraphes 8 et 11 de la résolution 36 (IV) du Conseil économique et social en date du 28 mars 1947, et des organisations d'intégration économique régionale constituées par des États souverains, membres de la Commission économique pour l'Europe, qui leur ont transféré compétence pour les matières dont traite le présent Protocole, y compris la compétence pour conclure des traités sur ces matières, à Kiev (Ukraine) du 21 au 23 mai 2003, puis au Siège de l'Organisation des Nations Unies à New York jusqu'au 31 décembre 2003.

Artikel 21**Unterzeichnung**

Dieses Protokoll liegt vom 21. bis zum 23. Mai 2003 in Kiew (Ukraine) und danach bis zum 31. Dezember 2003 am Sitz der Vereinten Nationen in New York für die Mitgliedstaaten der Wirtschaftskommission für Europa, für Staaten, die nach den Nummern 8 und 11 der Entschließung 36 (IV) des Wirtschafts- und Sozialrats vom 28. März 1947 bei der Wirtschaftskommission für Europa beratenden Status haben, und für Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die aus souveränen Staaten, welche Mitglieder der Wirtschaftskommission für Europa sind, gebildet werden und denen ihre Mitgliedstaaten die Zuständigkeit für die vom Übereinkommen erfassten Angelegenheiten, einschließlich der Zuständigkeit, über diese Angelegenheiten Verträge zu schließen, übertragen haben, zur Unterzeichnung auf.

Article 22**Depositary**

The Secretary-General of the United Nations shall act as the Depositary of this Protocol.

Article 22**Dépositaire**

Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies remplit les fonctions de Dépositaire du présent Protocole.

Artikel 22**Verwahrer**

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen nimmt die Aufgaben des Verwahrers dieses Protokolls wahr.

Article 23**Ratification, Acceptance, Approval and Accession**

1. This Protocol shall be subject to ratification, acceptance or approval by signatory States and regional economic integration organizations referred to in article 21.

Article 23**Ratification, acceptation, approbation et adhésion**

1. Le présent Protocole est soumis à la ratification, l'acceptation ou l'approbation des États et des organisations d'intégration économique régionale signataires visés à l'article 21.

Artikel 23**Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt**

(1) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die in Artikel 21 genannten Unterzeichnerstaaten und Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration.

2. This Protocol shall be open for accession as from 1 January 2004 by the States and regional economic integration organizations referred to in article 21.

3. Any other State, not referred to in paragraph 2 above, that is a Member of the United Nations may accede to the Protocol upon approval by the Meeting of the Parties to the Convention serving as the Meeting of the Parties to the Protocol.

4. Any regional economic integration organization referred to in article 21 which becomes a Party to this Protocol without any of its member States being a Party shall be bound by all the obligations under this Protocol. If one or more of such an organization's member States is a Party to this Protocol, the organization and its member States shall decide on their respective responsibilities for the performance of their obligations under this Protocol. In such cases, the organization and its member States shall not be entitled to exercise rights under this Protocol concurrently.

5. In their instruments of ratification, acceptance, approval or accession, the regional economic integration organizations referred to in article 21 shall declare the extent of their competence with respect to the matters governed by this Protocol. These organizations shall also inform the Depositary of any relevant modification to the extent of their competence.

Article 24

Entry into force

1. This Protocol shall enter into force on the ninetieth day after the date of deposit of the sixteenth instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

2. For the purposes of paragraph 1 above, any instrument deposited by a regional economic integration organization referred to in article 21 shall not be counted as additional to those deposited by States members of such an organization.

3. For each State or regional economic integration organization referred to in article 21 which ratifies, accepts or approves this Protocol or accedes thereto after the deposit of the sixteenth instrument of ratification, acceptance, approval or accession, the Protocol shall enter into force on the ninetieth day after the date of deposit by such State or organization of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

4. This Protocol shall apply to plans, programmes, policies and legislation for which the first formal preparatory act is subsequent to the date on which this Protocol enters into force. Where the Party under whose jurisdiction the preparation of

2. Le présent Protocole est ouvert à l'adhésion des États et des organisations d'intégration économique régionale visés à l'article 21 à compter du 1^{er} janvier 2004.

3. Tout État, autre que ceux visés au paragraphe 2 ci-dessus, qui est Membre de l'Organisation des Nations Unies, peut adhérer au Protocole avec l'accord de la Réunion des Parties à la Convention agissant comme Réunion des Parties au Protocole.

4. Toute organisation d'intégration économique régionale visée à l'article 21 qui devient partie au présent Protocole sans qu'aucun de ses États membres n'y soit partie est liée par toutes les obligations qui découlent du Protocole. Lorsqu'un ou plusieurs États membres d'une telle organisation sont parties au présent Protocole, cette organisation et ses États membres conviennent de leurs responsabilités respectives dans l'exécution des obligations qui en découlent. En pareil cas, l'organisation et ses États membres ne sont pas habilités à exercer concurremment les droits qui découlent du présent Protocole.

5. Dans leurs instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, les organisations d'intégration économique régionale visées à l'article 21 indiquent l'étendue de leur compétence à l'égard des matières dont traite le présent Protocole. En outre, ces organisations informent le Dépositaire de toute modification notable de l'étendue de leur compétence.

Article 24

Entrée en vigueur

1. Le présent Protocole entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suit la date du dépôt du seizième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

2. Aux fins du paragraphe 1 ci-dessus, l'instrument déposé par une organisation d'intégration économique régionale visée à l'article 21 ne s'ajoute pas à ceux déposés par les États membres de cette organisation.

3. À l'égard de chaque État ou organisation d'intégration économique régionale visé à l'article 21 qui ratifie, accepte ou approuve le présent Protocole ou y adhère après le dépôt du seizième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, le Protocole entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suit la date du dépôt par cet État ou cette organisation de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

4. Le présent Protocole s'applique aux plans, programmes, politiques et textes de loi dont le premier acte préparatoire officiel est postérieur à la date d'entrée en vigueur du présent Protocole. Lorsque la Partie sous la juridiction de laquelle il est envisa-

(2) Dieses Protokoll steht vom 1. Januar 2004 an für die in Artikel 21 genannten Staaten und Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration zum Beitritt offen.

(3) Jeder nicht in Absatz 2 genannte Staat, der Mitglied der Vereinten Nationen ist, kann dem Protokoll mit Genehmigung der Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens, die als Tagung der Vertragsparteien dieses Protokolls dient, beitreten.

(4) Jede in Artikel 21 genannte Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die Vertragspartei dieses Protokolls wird, ohne dass einer ihrer Mitgliedstaaten Vertragspartei ist, ist durch alle Verpflichtungen aus diesem Protokoll gebunden. Ist ein Mitgliedstaat oder sind mehrere Mitgliedstaaten einer solchen Organisation Vertragspartei dieses Protokolls, so entscheiden die Organisation und ihre Mitgliedstaaten über ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus diesem Protokoll. In diesen Fällen sind die Organisation und die Mitgliedstaaten nicht berechtigt, die Rechte aus diesem Protokoll gleichzeitig auszuüben.

(5) In ihren Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden erklären die in Artikel 21 genannten Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration den Umfang ihrer Zuständigkeiten für die durch dieses Protokoll erfassten Angelegenheiten. Diese Organisationen teilen dem Verwahrer auch jede wesentliche Änderung des Umfangs ihrer Zuständigkeiten mit.

Artikel 24

Inkrafttreten

(1) Dieses Protokoll tritt am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der sechzehnten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für die Zwecke des Absatzes 1 zählt eine von einer in Artikel 21 genannten Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration hinterlegte Urkunde nicht als zusätzliche Urkunde zu den von den Mitgliedstaaten der Organisation hinterlegten Urkunden.

(3) Für alle in Artikel 21 genannten Staaten oder Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die nach Hinterlegung der sechzehnten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde dieses Protokoll ratifizieren, annehmen, genehmigen oder ihm beitreten, tritt das Protokoll am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde durch den Staat oder die Organisation in Kraft.

(4) Dieses Protokoll gilt für Pläne, Programme, Politiken und Rechtsvorschriften, deren erster förmlicher Vorbereitungsakt nach Inkrafttreten dieses Protokolls erfolgt. Handelt es sich bei der Vertragspartei, in deren Hoheitsbereich die Vorberei-

a plan, programme, policy or legislation is envisaged is one for which paragraph 3 applies, this Protocol shall apply to plans, programmes, policies and legislation for which the first formal preparatory act is subsequent to the date on which this Protocol comes into force for that Party.

Article 25

Withdrawal

At any time after four years from the date on which this Protocol has come into force with respect to a Party, that Party may withdraw from the Protocol by giving written notification to the Depositary. Any such withdrawal shall take effect on the ninetieth day after the date of its receipt by the Depositary. Any such withdrawal shall not affect the application of articles 5 to 9, 11 and 13 with respect to a strategic environmental assessment under this Protocol which has already been started, or the application of article 10 with respect to a notification or request which has already been made, before such withdrawal takes effect.

Article 26

Authentic Texts

The original of this Protocol, of which the English, French and Russian texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Protocol.

Done at Kiev (Ukraine), this twenty-first day of May, two thousand and three.

gé d'élaborer un plan, un programme, une politique ou un texte de loi est une Partie à laquelle s'applique le paragraphe 3, le présent Protocole s'applique aux plans, programmes, politiques et textes de loi dont le premier acte préparatoire officiel est postérieur à la date à laquelle le présent Protocole entre en vigueur à l'égard de cette partie.

Article 25

Dénonciation

À tout moment après l'expiration d'un délai de quatre ans commençant à courir à la date à laquelle le présent Protocole entre en vigueur à l'égard d'une Partie, cette Partie peut dénoncer le Protocole par notification écrite adressée au Dépositaire. La dénonciation prend effet le quatre-vingt-dixième jour qui suit la date de sa réception par le Dépositaire. Cette dénonciation n'a aucune incidence sur l'application des articles 5 à 9, 11 et 13 concernant les évaluations stratégiques environnementales qui ont déjà été lancées au titre du présent Protocole, ou sur l'application de l'article 10 concernant les notifications ou les demandes qui ont déjà été adressées, avant que la dénonciation ait pris effet.

Article 26

Textes authentiques

L'original du présent Protocole, dont les textes anglais, français et russe sont également authentiques, est déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

En foi de quoi les soussignés, à ce dûment autorisés, ont signé le présent Protocole.

Fait à Kiev (Ukraine), le vingt et un mai deux mille trois.

tung eines Plans, eines Programms, einer Politik oder einer Rechtsvorschrift beabsichtigt ist, um eine Vertragspartei, auf die Absatz 3 Anwendung findet, so gilt dieses Protokoll nur für Pläne, Programme, Politiken und Rechtsvorschriften, deren erster förmlicher Vorbereitungsakt nach Inkrafttreten dieses Protokolls für die betreffende Vertragspartei erfolgt.

Artikel 25

Rücktritt

Eine Vertragspartei kann jederzeit nach Ablauf von vier Jahren nach dem Zeitpunkt, zu dem dieses Protokoll für sie in Kraft getreten ist, durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation von dem Protokoll zurücktreten. Der Rücktritt wird am neunzigsten Tag nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer wirksam. Ein solcher Rücktritt berührt nicht die Anwendung der Artikel 5 bis 9, 11 und 13 auf eine vor Wirksamwerden des Rücktritts bereits begonnene strategische Umweltprüfung nach diesem Protokoll sowie die Anwendung des Artikels 10 auf eine vor Wirksamwerden des Rücktritts bereits erfolgte Benachrichtigung oder ein davor gestelltes Ersuchen.

Artikel 26

Verbindliche Wortlaute

Die Urschrift dieses Protokolls, dessen englischer, französischer und russischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Kiev (Ukraine) am 21. Mai 2003.

Annexes

Annex I

List of projects as referred to in article 4, paragraph 2

1. Crude oil refineries (excluding undertakings manufacturing only lubricants from crude oil) and installations for the gasification and liquefaction of 500 metric tons or more of coal or bituminous shale per day.
2. Thermal power stations and other combustion installations with a heat output of 300 megawatts or more and nuclear power stations and other nuclear reactors (except research installations for the production and conversion of fissionable and fertile materials, whose maximum power does not exceed 1 kilowatt continuous thermal load).
3. Installations solely designed for the production or enrichment of nuclear fuels, for the reprocessing of irradiated nuclear fuels or for the storage, disposal and processing of radioactive waste.
4. Major installations for the initial smelting of cast-iron and steel and for the production of non-ferrous metals.
5. Installations for the extraction of asbestos and for the processing and transformation of asbestos and products containing asbestos: for asbestos-cement products, with an annual production of more than 20,000 metric tons of finished product; for friction material, with an annual production of more than 50 metric tons of finished product; and for other asbestos utilization of more than 200 metric tons per year.
6. Integrated chemical installations.
7. Construction of motorways, express roads*) and lines for long-distance railway traffic and of airports**) with a basic runway length of 2,100 metres or more.
8. Large-diameter oil and gas pipelines.
9. Trading ports and also inland waterways and ports for inland waterway traffic which permit the passage of vessels of over 1,350 metric tons.
10. Waste-disposal installations for the incineration, chemical treatment or landfill of toxic and dangerous wastes.
11. Large dams and reservoirs.
12. Groundwater abstraction activities in cases where the annual volume of water to be abstracted amounts to 10 million cubic metres or more.
13. Pulp and paper manufacturing of 200 air-dried metric tons or more per day.
14. Major mining, on-site extraction and processing of metal ores or coal.
15. Offshore hydrocarbon production.
16. Major storage facilities for petroleum, petrochemical and chemical products.
17. Deforestation of large areas.

*) For the purposes of this Protocol:

- “Motorway” means a road specially designed and built for motor traffic, which does not serve properties bordering on it, and which:
 - (a) Is provided, except at special points or temporarily, with separate carriageways for the two directions of traffic, separated from each other by a dividing strip not intended for traffic or, exceptionally, by other means;
 - (b) Does not cross at level with any road, railway or tramway track, or footpath; and
 - (c) Is specially sign posted as a motorway.
- “Express road” means a road reserved for motor traffic accessible only from interchanges or controlled junctions and on which, in particular, stopping and parking are prohibited on the running carriageway(s).

**) For the purposes of this Protocol, “airport” means an airport which complies with the definition in the 1944 Chicago Convention setting up the International Civil Aviation Organization (annex 14).

Annex II**Any other projects referred to in article 4, paragraph 2**

1. Projects for the restructuring of rural land holdings.
2. Projects for the use of uncultivated land or semi-natural areas for intensive agricultural purposes.
3. Water management projects for agriculture, including irrigation and land drainage projects.
4. Intensive livestock installations (including poultry).
5. Initial afforestation and deforestation for the purposes of conversion to another type of land use.
6. Intensive fish farming.
7. Nuclear power stations and other nuclear reactors*) including the dismantling or decommissioning of such power stations or reactors (except research installations for the production and conversion of fissionable and fertile materials whose maximum power does not exceed 1 kilowatt continuous thermal load), as far as not included in annex I.
8. Construction of overhead electrical power lines with a voltage of 220 kilovolts or more and a length of 15 kilometres or more and other projects for the transmission of electrical energy by overhead cables.
9. Industrial installations for the production of electricity, steam and hot water.
10. Industrial installations for carrying gas, steam and hot water.
11. Surface storage of fossil fuels and natural gas.
12. Underground storage of combustible gases.
13. Industrial briquetting of coal and lignite.
14. Installations for hydroelectric energy production.
15. Installations for the harnessing of wind power for energy production (wind farms).
16. Installations, as far as not included in annex I, designed:
 - For the production or enrichment of nuclear fuel;
 - For the processing of irradiated nuclear fuel;
 - For the final disposal of irradiated nuclear fuel;
 - Solely for the final disposal of radioactive waste;
 - Solely for the storage (planned for more than 10 years) of irradiated nuclear fuels in a different site than the production site; or
 - For the processing and storage of radioactive waste.
17. Quarries, open cast mining and peat extraction, as far as not included in annex I.
18. Underground mining, as far as not included in annex I.
19. Extraction of minerals by marine or fluvial dredging.
20. Deep drillings (in particular geothermal drilling, drilling for the storage of nuclear waste material, drilling for water supplies), with the exception of drillings for investigating the stability of the soil.
21. Surface industrial installations for the extraction of coal, petroleum, natural gas and ores, as well as bituminous shale.
22. Integrated works for the initial smelting of cast iron and steel, as far as not included in annex I.
23. Installations for the production of pig iron or steel (primary or secondary fusion) including continuous casting.
24. Installations for the processing of ferrous metals (hot-rolling mills, smitheries with hammers, application of protective fused metal coats).
25. Ferrous metal foundries.
26. Installations for the production of non-ferrous crude metals from ore, concentrates or secondary raw materials by metallurgical, chemical or electrolytic processes, as far as not included in annex I.

*) For the purposes of this Protocol, nuclear power stations and other nuclear reactors cease to be such an installation when all nuclear fuel and other radioactively contaminated elements have been removed permanently from the installation site.

27. Installations for the smelting, including the alloyage, of nonferrous metals excluding precious metals, including recovered products (refining, foundry casting, etc.), as far as not included in annex I.
28. Installations for surface treatment of metals and plastic materials using an electrolytic or chemical process.
29. Manufacture and assembly of motor vehicles and manufacture of motor-vehicle engines.
30. Shipyards.
31. Installations for the construction and repair of aircraft.
32. Manufacture of railway equipment.
33. Swaging by explosives.
34. Installations for the roasting and sintering of metallic ores.
35. Coke ovens (dry coal distillation).
36. Installations for the manufacture of cement.
37. Installations for the manufacture of glass including glass fibre.
38. Installations for smelting mineral substances including the production of mineral fibres.
39. Manufacture of ceramic products by burning, in particular roofing tiles, bricks, refractory bricks, tiles, stoneware or porcelain.
40. Installations for the production of chemicals or treatment of intermediate products, as far as not included in annex I.
41. Production of pesticides and pharmaceutical products, paint and varnishes, elastomers and peroxides.
42. Installations for the storage of petroleum, petrochemical, or chemical products, as far as not included in annex I.
43. Manufacture of vegetable and animal oils and fats.
44. Packing and canning of animal and vegetable products.
45. Manufacture of dairy products.
46. Brewing and malting.
47. Confectionery and syrup manufacture.
48. Installations for the slaughter of animals.
49. Industrial starch manufacturing installations.
50. Fish-meal and fish-oil factories.
51. Sugar factories.
52. Industrial plants for the production of pulp, paper and board, as far as not included in annex I.
53. Plants for the pre-treatment or dyeing of fibres or textiles.
54. Plants for the tanning of hides and skins.
55. Cellulose-processing and production installations.
56. Manufacture and treatment of elastomer-based products.
57. Installations for the manufacture of artificial mineral fibres.
58. Installations for the recovery or destruction of explosive substances.
59. Installations for the production of asbestos and the manufacture of asbestos products, as far as not included in annex I.
60. Knackers' yards.
61. Test benches for engines, turbines or reactors.
62. Permanent racing and test tracks for motorized vehicles.
63. Pipelines for transport of gas or oil, as far as not included in annex I.
64. Pipelines for transport of chemicals with a diameter of more than 800 mm and a length of more than 40 km.
65. Construction of railways and intermodal transshipment facilities, and of intermodal terminals, as far as not included in annex I.
66. Construction of tramways, elevated and underground railways, suspended lines or similar lines of a particular type used exclusively or mainly for passenger transport.

67. Construction of roads, including realignment and/or widening of any existing road, as far as not included in annex I.
68. Construction of harbours and port installations, including fishing harbours, as far as not included in annex I.
69. Construction of inland waterways and ports for inland-waterway traffic, as far as not included in annex I.
70. Trading ports, piers for loading and unloading connected to land and outside ports, as far as not included in annex I.
71. Canalization and flood-relief works.
72. Construction of airports**) and airfields, as far as not included in annex I.
73. Waste-disposal installations (including landfill), as far as not included in annex I.
74. Installations for the incineration or chemical treatment of non-hazardous waste.
75. Storage of scrap iron, including scrap vehicles.
76. Sludge deposition sites.
77. Groundwater abstraction or artificial groundwater recharge, as far as not included in annex I.
78. Works for the transfer of water resources between river basins.
79. Waste-water treatment plants.
80. Dams and other installations designed for the holding-back or for the long-term or permanent storage of water, as far as not included in annex I.
81. Coastal work to combat erosion and maritime works capable of altering the coast through the construction, for example, of dykes, moles, jetties and other sea defence works, excluding the maintenance and reconstruction of such works.
82. Installations of long-distance aqueducts.
83. Ski runs, ski lifts and cable cars and associated developments.
84. Marinas.
85. Holiday villages and hotel complexes outside urban areas and associated developments.
86. Permanent campsites and caravan sites.
87. Theme parks.
88. Industrial estate development projects.
89. Urban development projects, including the construction of shopping centres and car parks.
90. Reclamation of land from the sea.

**) For the purposes of this Protocol, "airport" means an airport which complies with the definition in the 1944 Chicago Convention setting up the International Civil Aviation Organization (annex 14).

Annex III**Criteria for determining of the likely significant environmental, including health, effects referred to in article 5, paragraph 1**

1. The relevance of the plan or programme to the integration of environmental, including health, considerations in particular with a view to promoting sustainable development.
2. The degree to which the plan or programme sets a framework for projects and other activities, either with regard to location, nature, size and operating conditions or by allocating resources.
3. The degree to which the plan or programme influences other plans and programmes including those in a hierarchy.
4. Environmental, including health, problems relevant to the plan or programme.
5. The nature of the environmental, including health, effects such as probability, duration, frequency, reversibility, magnitude and extent (such as geographical area or size of population likely to be affected).
6. The risks to the environment, including health.
7. The transboundary nature of effects.
8. The degree to which the plan or programme will affect valuable or vulnerable areas including landscapes with a recognized national or international protection status.

Annex IV**Information referred to in article 7, paragraph 2**

1. The contents and the main objectives of the plan or programme and its link with other plans or programmes.
2. The relevant aspects of the current state of the environment, including health, and the likely evolution thereof should the plan or programme not be implemented.
3. The characteristics of the environment, including health, in areas likely to be significantly affected.
4. The environmental, including health, problems which are relevant to the plan or programme.
5. The environmental, including health, objectives established at international, national and other levels which are relevant to the plan or programme, and the ways in which these objectives and other environmental, including health, considerations have been taken into account during its preparation.
6. The likely significant environmental, including health, effects*) as defined in article 2, paragraph 7.
7. Measures to prevent, reduce or mitigate any significant adverse effects on the environment, including health, which may result from the implementation of the plan or programme.
8. An outline of the reasons for selecting the alternatives dealt with and a description of how the assessment was undertaken including difficulties encountered in providing the information to be included such as technical deficiencies or lack of knowledge.
9. Measures envisaged for monitoring environmental, including health, effects of the implementation of the plan or programme.
10. The likely significant transboundary environmental, including health, effects.
11. A non-technical summary of the information provided.

*) These effects should include secondary, cumulative, synergistic, short-, medium- and long-term, permanent and temporary, positive and negative effects.

Annex V

Information referred to in article 8, paragraph 5

1. The proposed plan or programme and its nature.
2. The authority responsible for its adoption.
3. The envisaged procedure, including:
 - (a) The commencement of the procedure;
 - (b) The opportunities for the public to participate;
 - (c) The time and venue of any envisaged public hearing;
 - (d) The authority from which relevant information can be obtained and where the relevant information has been deposited for examination by the public;
 - (e) The authority to which comments or questions can be submitted and the time schedule for the transmittal of comments or questions; and
 - (f) What environmental, including health, information relevant to the proposed plan or programme is available.
4. Whether the plan or programme is likely to be subject to a transboundary assessment procedure.

Annexes

Annexe I

Liste des projets visés au paragraphe 2 de l'article 4

1. Raffineries de pétrole (à l'exclusion des entreprises fabriquant uniquement des lubrifiants à partir de pétrole brut) et installations de gazéification et de liquéfaction d'au moins 500 tonnes métriques de charbon ou de schiste bitumineux par jour.
2. Centrales thermiques et autres installations de combustion d'une puissance calorifique d'au moins 300 mégawatts et centrales nucléaires et autres réacteurs nucléaires (à l'exception des installations de recherche pour la production et la transformation des matières fissiles et des matières fertiles dont la puissance maximale ne dépasse pas 1 kilowatt de charge thermique continue).
3. Installations destinées uniquement à la production ou à l'enrichissement de combustibles nucléaires, au retraitement de combustibles nucléaires irradiés ou au stockage, à l'élimination et au traitement de déchets radioactifs.
4. Grandes installations de première fusion de la fonte et de l'acier et de production de métaux non ferreux.
5. Installations destinées à l'extraction de l'amiante et au traitement et à la transformation de l'amiante et de produits amiantés: pour les produits en amiante-ciment, une production annuelle de plus de 20 000 tonnes métriques de produits finis; pour les garnitures de friction, une production annuelle de plus de 50 tonnes métriques de produits finis; et pour les autres utilisations de l'amiante, une utilisation de plus de 200 tonnes métriques par an.
6. Installations chimiques intégrées.
7. Construction d'autoroutes, de routes expresses*) et de voies pour le trafic ferroviaire à grande distance ainsi que d'aéroports**) dont la piste de décollage et d'atterrissage a une longueur d'au moins 2 100 mètres.
8. Oléoducs et gazoducs de grand diamètre.
9. Ports de commerce ainsi que voies navigables et ports de navigation intérieure permettant le passage de bateaux de plus de 1350 tonnes métriques.
10. Installations d'élimination des déchets toxiques ou dangereux par incinération, traitement chimique ou mise en décharge.
11. Grands barrages et réservoirs.
12. Dispositifs de captage des eaux souterraines lorsque le volume annuel d'eaux à capter atteint ou dépasse 10 millions de mètres cubes.
13. Installations de fabrication de papier et de pâte à papier produisant au moins 200 tonnes métriques séchées à l'air par jour.
14. Grands sites d'exploitation minière, d'extraction et de traitement de minerais métalliques ou de charbon.
15. Installations de production d'hydrocarbures en mer.
16. Grandes installations de stockage de pétrole, de produits pétrochimiques et de produits chimiques.
17. Déboisement de grandes superficies.

*) Au sens du présent Protocole:

- «Autoroute» désigne une route qui est spécialement conçue et construite pour la circulation automobile, qui ne dessert pas les propriétés riveraines et qui:
 - a) Sauf en des points singuliers ou à titre temporaire, comporte, pour les deux sens de la circulation, des chaussées distinctes séparées l'une de l'autre par une bande de terrain non destinée à la circulation ou, exceptionnellement, par d'autres moyens;
 - b) Ne croise à niveau ni route, ni voie de chemin de fer ou de tramway, ni chemin pour la circulation de piétons; et
 - c) Est spécialement signalée comme étant une autoroute.
- «Route expresse» désigne une route réservée à la circulation automobile, accessible seulement par des échangeurs ou des carrefours réglementés et sur laquelle, en particulier, il est interdit de s'arrêter et de stationner sur la chaussée.

**) Au sens du présent Protocole, la notion d'«aéroport» correspond à la définition donnée dans la Convention de Chicago de 1944 constituant l'Organisation de l'aviation civile internationale (annexe 14).

Annexe II**Tous autres projets visés au paragraphe 2 de l'article 4**

1. Projets de remembrement rural.
2. Projets d'affectation de terres incultes ou d'étendues seminaturelles à l'exploitation agricole intensive.
3. Projets d'hydraulique agricole, y compris projets d'irrigation et de drainage de terres.
4. Installations d'élevage intensif (y compris les exploitations avicoles).
5. Premier boisement et déboisement aux fins de la reconversion des sols.
6. Pisciculture intensive.
7. Centrales nucléaires et autres réacteurs nucléaires*), y compris le démantèlement ou le déclassement de ces centrales ou réacteurs (à l'exception des installations de recherche pour la production et la transformation des matières fissiles et fertiles, dont la puissance maximale ne dépasse pas 1 kilowatt de charge thermique continue), non visés à l'annexe I.
8. Construction de lignes aériennes de transport d'énergie électrique, d'une tension de 220 kilovolts ou plus et d'une longueur de 15 kilomètres ou plus et autres projets de transport d'énergie électrique par lignes aériennes.
9. Installations industrielles destinées à la production d'énergie électrique, de vapeur et d'eau chaude.
10. Installations industrielles destinées au transport de gaz, de vapeur et d'eau chaude.
11. Stockage aérien de combustibles fossiles et de gaz naturel.
12. Stockage souterrain de gaz combustibles.
13. Agglomération industrielle de houille et de lignite.
14. Installations destinées à la production d'énergie hydroélectrique.
15. Installations destinées à l'exploitation de l'énergie éolienne pour la production d'énergie (parcs éoliens).
16. Installations, non visées à l'annexe I, destinées:
 - À la production ou à l'enrichissement de combustibles nucléaires;
 - Au traitement de combustibles nucléaires irradiés;
 - À l'élimination définitive de combustibles nucléaires irradiés;
 - Exclusivement à l'élimination définitive de déchets radioactifs;
 - Exclusivement au stockage (prévu pour plus de 10 ans) de combustibles nucléaires irradiés dans un site différent du site de production; ou
 - Au traitement et au stockage de déchets radioactifs.
17. Carrières, exploitations minières à ciel ouvert et tourbières non visées à l'annexe I.
18. Exploitation minière souterraine non visée à l'annexe I.
19. Extraction de minéraux par dragage marin ou fluvial.
20. Forages en profondeur (notamment les forages géothermiques, les forages pour le stockage des déchets nucléaires et les forages pour l'approvisionnement en eau), à l'exception des forages pour étudier la stabilité des sols.
21. Installations industrielles de surface pour l'extraction du charbon, du pétrole, du gaz naturel et des minerais, ainsi que de schiste bitumineux.
22. Usines intégrées de première fusion de la fonte et de l'acier non visées à l'annexe I.
23. Installations destinées à la production de fonte ou d'acier (de première ou seconde fusion), notamment en coulée continue.
24. Installations destinées à la transformation des métaux ferreux (laminage à chaud, forgeage par martelage, application de couches de protection de métal en fusion).
25. Fonderies de métaux ferreux.
26. Installations destinées à la production de métaux bruts non ferreux à partir de minerais, de concentrés ou de matières premières secondaires selon des procédés métallurgiques, chimiques ou électrolytiques, non visées à l'annexe I.

*) Au sens du présent Protocole, les centrales nucléaires et les autres réacteurs nucléaires cessent d'être des installations nucléaires lorsque tous les combustibles nucléaires et tous les autres éléments contaminés ont été définitivement retirés du site d'implantation.

27. Installations de fusion, y compris l'alliage, de métaux non ferreux, à l'exclusion des métaux précieux, y compris les produits de récupération (affinage, moulage en fonderie, etc.), non visées à l'annexe I.
28. Installations de traitement de surface des métaux et matières plastiques utilisant un procédé électrolytique ou chimique.
29. Construction et assemblage de véhicules automobiles et construction de moteurs pour ceux-ci.
30. Chantiers navals.
31. Installations pour la construction et la réparation d'aéronefs.
32. Construction de matériel ferroviaire.
33. Emboutissage de fonds à l'explosif.
34. Installations de calcination et de frittage de minerais métalliques.
35. Cokeries (distillation sèche du charbon).
36. Cimenteries.
37. Installations destinées à la fabrication de verre, y compris de fibres de verre.
38. Installations destinées à la fusion de matières minérales, y compris celles destinées à la production de fibres minérales.
39. Fabrication de produits céramiques par cuisson, notamment de tuiles, de briques (simples ou réfractaires), de carrelages, de grès ou de porcelaines.
40. Installations destinées à la fabrication de produits chimiques ou au traitement de produits intermédiaires, non visées à l'annexe I.
41. Fabrication de pesticides et de produits pharmaceutiques, de peintures et de vernis, d'élastomères et de peroxydes.
42. Installations de stockage du pétrole, de produits pétrochimiques et de produits chimiques, non visées à l'annexe I.
43. Industrie des corps gras animaux et végétaux.
44. Conditionnement et conserverie de produits animaux et végétaux.
45. Fabrication de produits laitiers.
46. Brasserie et malterie.
47. Fabrication de confiseries et de sirops.
48. Abattoirs.
49. Féculeries industrielles.
50. Usines de farine de poisson et d'huile de poisson.
51. Sucrieries.
52. Installations industrielles destinées à la fabrication de pâte à papier, de papier et de carton, non visées à l'annexe I.
53. Usines destinées au prétraitement ou à la teinture de fibres ou de textiles.
54. Tanneries.
55. Installations de production et de traitement de la cellulose.
56. Fabrication et traitement de produits à base d'élastomères.
57. Installations destinées à la fabrication de fibres minérales artificielles.
58. Installations destinées à la récupération ou à la destruction de substances explosives.
59. Installations de production d'amiante et de fabrication de produits amiantés, non visées à l'annexe I.
60. Ateliers d'équarrissage.
61. Bancs d'essai pour moteurs, turbines ou réacteurs.
62. Pistes permanentes de course et d'essai pour véhicules motorisés.
63. Gazoducs et oléoducs non visés à l'annexe I.
64. Canalisations servant au transport de produits chimiques d'un diamètre supérieur à 800 mm et d'une longueur supérieure à 40 km.
65. Construction de plates-formes ferroviaires et intermodales et de terminaux intermodaux, non visée à l'annexe I.
66. Construction de tramways, métros aériens et souterrains, lignes suspendues ou lignes analogues de type particulier servant exclusivement ou principalement au transport de personnes.

67. Construction de routes, y compris l'alignement et/ou l'élargissement d'une route existante, non visée à l'annexe I.
68. Construction de ports et d'installations portuaires, y compris de ports de pêche, non visée à l'annexe I.
69. Construction de voies navigables et de ports de navigation intérieure, non visée à l'annexe I.
70. Ports de commerce, quais de chargement et de déchargement reliés à la terre et avant-ports, non visés à l'annexe I.
71. Travaux de canalisation et d'intervention en cas d'inondation.
72. Construction d'aéroports**) et d'aérodromes, non visée à l'annexe I.
73. Installations d'élimination des déchets (y compris la mise en décharge), non visées à l'annexe I.
74. Installations d'incinération ou de traitement chimique des déchets non dangereux.
75. Stockage de ferrailles, y compris les épaves de véhicules.
76. Sites de dépôt de boues.
77. Dispositifs de captage ou de recharge artificielle des eaux souterraines, non visés à l'annexe I.
78. Ouvrages servant au transvasement des ressources hydrauliques entre bassins fluviaux.
79. Installations de traitement des eaux résiduaires.
80. Barrages et autres installations destinées à retenir les eaux ou à les stocker d'une manière durable ou de façon permanente, non visés à l'annexe I.
81. Ouvrages côtiers destinés à combattre l'érosion et travaux maritimes capables de modifier la côte par la construction, par exemple, de digues, de môles, de jetées et d'autres ouvrages de défense contre la mer, à l'exclusion de l'entretien et de la reconstruction de ces ouvrages.
82. Installation d'aqueducs sur de longues distances.
83. Pistes de ski, remontées mécaniques et téléphériques et aménagements associés.
84. Ports de plaisance.
85. Villages de vacances et complexes hôteliers à l'extérieur des zones urbaines et aménagements associés.
86. Terrains de camping et de caravaning permanents.
87. Parcs d'attractions à thème.
88. Projets d'aménagement de zones industrielles.
89. Projets d'aménagement urbain, y compris la construction de centres commerciaux et de parkings.
90. Assèchement de terres gagnées sur la mer.

**) Au sens du présent Protocole, la notion d'«aéroport» correspond à la définition donnée dans la Convention de Chicago de 1944 constituant l'Organisation de l'aviation civile internationale (annexe 14).

Annexe III

Critères permettant de déterminer les effets notables probables sur l'environnement, y compris sur la santé, visés au paragraphe 1 de l'article 5

1. L'adéquation entre le plan ou le programme et l'intégration des considérations d'environnement, y compris de santé, en vue, notamment, de promouvoir un développement durable.
2. La mesure dans laquelle le plan ou le programme concerné définit un cadre pour d'autres projets ou activités, en ce qui concerne la localisation, la nature, la taille et les conditions de fonctionnement ou par une allocation de ressources.
3. La mesure dans laquelle le plan ou le programme influence d'autres plans ou programmes, y compris ceux qui font partie d'un ensemble hiérarchisé.
4. Les problèmes d'environnement, y compris de santé, liés au plan ou au programme.
5. Les caractéristiques des effets sur l'environnement, y compris sur la santé, telles que la probabilité, la durée, la fréquence, le caractère réversible ou non, l'ampleur et l'étendue (zone géographique ou taille de la population susceptible d'être touchée).
6. Les risques pour l'environnement, y compris pour la santé.
7. Le caractère transfrontière des effets.
8. La mesure dans laquelle le plan ou le programme aura des retombées sur des zones précieuses ou vulnérables, y compris des paysages dotés d'un statut de protection reconnu au niveau national ou international.

Annexe IV

Informations visées au paragraphe 2 de l'article 7

1. Le contenu et les objectifs principaux du plan ou du programme et les liens avec d'autres plans ou programmes.
2. Les aspects pertinents de l'état de l'environnement, y compris de la santé, au moment considéré, et leur évolution probable si le plan ou le programme n'est pas mis en œuvre.
3. Les caractéristiques de l'environnement, y compris de la santé, dans les zones susceptibles d'être touchées de manière notable.
4. Les problèmes d'environnement, y compris de santé, liés au plan ou au programme.
5. Les objectifs en matière d'environnement, y compris de santé, établis au niveau international ou national ou à d'autres niveaux, qui sont pertinents pour le plan ou le programme, et la manière dont ces objectifs et d'autres considérations d'environnement, y compris de santé, ont été pris en considération lors de l'élaboration du plan ou du programme.
6. Les effets*) sur l'environnement, y compris sur la santé, probables tels que définis au paragraphe 7 de l'article 2.
7. Les mesures permettant de prévenir, de réduire ou d'atténuer tout effet négatif notable que la mise en œuvre du plan ou du programme pourrait avoir sur l'environnement, y compris sur la santé.
8. Les raisons qui ont présidé au choix des solutions de remplacement envisagées et une description de la manière dont l'évaluation a été entreprise, avec indication des difficultés qui ont été rencontrées – déficiences techniques ou lacunes dans les connaissances, par exemple – lorsqu'il s'est agi de fournir les informations à incorporer.
9. Les mesures envisagées pour suivre les effets sur l'environnement, y compris sur la santé, de la mise en œuvre du plan ou du programme.
10. Les effets notables probables sur l'environnement, y compris sur la santé, à l'échelle transfrontière.
11. Les informations fournies, résumées en termes non techniques.

*) Ces effets devront englober les effets secondaires, cumulatifs, synergiques, à court, moyen et long terme, permanents et temporaires, positifs et négatifs.

Annexe V**Informations visées au paragraphe 5 de l'article 8**

1. Le plan ou le programme envisagé et sa nature.
2. L'autorité chargée de l'adopter.
3. La procédure envisagée, à savoir:
 - a) La date à laquelle la procédure débutera;
 - b) Les possibilités de participation offertes au public;
 - c) La date et le lieu de toute audition publique envisagée;
 - d) L'autorité à laquelle il est possible de s'adresser pour obtenir les informations pertinentes et le lieu où le dossier d'information pertinent a été déposé pour que le public puisse le consulter;
 - e) L'autorité à laquelle des observations ou des questions peuvent être soumises et le délai fixé pour la communication d'observations ou de questions; et
 - f) Les informations sur l'environnement, y compris la santé, disponibles intéressant le plan ou le programme envisagé.
4. Indication du fait que le plan ou le programme est susceptible ou non de faire l'objet d'une procédure d'évaluation transfrontière.

Anhänge

Anhang I

Liste der Vorhaben nach Artikel 4 Absatz 2

1. Erdölraffinerien (ausgenommen Unternehmen, die nur Schmiermittel aus Rohöl herstellen) sowie Anlagen zur Vergasung und Verflüssigung von täglich mindestens 500 Tonnen Kohle oder bituminösem Schiefer.
2. Wärmekraftwerke und sonstige Verbrennungsanlagen mit einer Wärmeleistung von mindestens 300 MW sowie Kernkraftwerke und sonstige Kernreaktoren (ausgenommen Forschungseinrichtungen für die Erzeugung und Bearbeitung von spalt- und brutstoffhaltigen Stoffen, deren Höchstleistung 1 kW thermische Dauerleistung nicht übersteigt).
3. Anlagen, die ausschließlich für die Erzeugung oder Anreicherung von Kernbrennstoffen, die Wiederaufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe oder die Lagerung, Beseitigung und Aufarbeitung radioaktiver Abfälle bestimmt sind.
4. Größere Anlagen für das Erschmelzen von Gusseisen und Stahl und für die Erzeugung von Nichteisenmetallen.
5. Anlagen zur Gewinnung von Asbest sowie zur Be- und Verarbeitung von Asbest und asbesthaltigen Erzeugnissen: bei Asbestzement-Erzeugnissen Anlagen mit einer Jahresproduktion von mehr als 20 000 Tonnen Fertigerzeugnissen, bei Reibungsbelägen Anlagen mit einer Jahresproduktion von mehr als 50 Tonnen Fertigerzeugnissen und bei anderen Asbestverwendungen Anlagen mit einem Jahreseinsatz von mehr als 200 Tonnen Asbest.
6. Integrierte chemische Anlagen.
7. Bau von Autobahnen und Schnellstraßen*) und Eisenbahn-Fernverkehrsstrecken sowie von Flughäfen**) mit einer Start- und Landebahn-Grundlänge von 2 100 Metern und mehr.
8. Öl- und Gaspipelines großen Durchmessers.
9. Seehandelshäfen sowie Wasserstraßen und Häfen für die Binnenschifffahrt, die für Schiffe mit mehr als 1 350 Tonnen zugänglich sind.
10. Abfallbeseitigungsanlagen zur Verbrennung, chemischen Behandlung oder Deponielagerung giftiger und gefährlicher Abfälle.
11. Große Talsperren und Stauseen.
12. Maßnahmen zur Grundwasserentnahme mit einer jährlichen Wasserentnahmemenge von mindestens 10 Millionen Kubikmetern.
13. Anlagen zur Herstellung von Zellstoff und Papier mit einem Ausstoß von mindestens 200 luftgetrockneten Tonnen täglich.
14. Größere Anlagen für den Abbau, die Förderung vor Ort sowie die Veredelung von Metallerzen oder Kohle.
15. Kohlenwasserstoffförderung auf See.
16. Größere Anlagen zur Lagerung von Erdöl, petrochemischen oder chemischen Erzeugnissen.
17. Abholzung großer Flächen.

*) Im Sinne dieses Protokolls

- bedeutet „Autobahn“ eine Straße, die für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen besonders bestimmt und gebaut ist, zu der von den angrenzenden Grundstücken aus keine unmittelbare Zufahrt besteht und die
 - a) außer an einzelnen Stellen oder vorübergehend – für beide Verkehrsrichtungen besondere Fahrbahnen hat, die durch einen nicht für den Verkehr bestimmten Geländestreifen oder in Ausnahmefällen durch andere Mittel voneinander getrennt sind;
 - b) keine höhengleiche Kreuzung mit Straßen, Eisenbahn- oder Straßenbahnschienen oder Gehwegen hat;
 - c) als Autobahn besonders gekennzeichnet ist;
- bedeutet „Schnellstraße“ eine Straße, die Kraftfahrzeugverkehr vorbehalten ist, nur über Anschlussstellen oder besonders geregelte Kreuzungen erreichbar ist und auf der besonders das Halten und Parken auf der Fahrbahn verboten sind.

**) Im Sinne dieses Protokolls bedeutet „Flughafen“ einen Flughafen nach der Begriffsbestimmung des Abkommens von Chicago von 1944 zur Errichtung der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation – Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt – (Anhang 14).

Anhang II**Andere Vorhaben nach Artikel 4 Absatz 2**

1. Flurbereinigungsprojekte.
2. Projekte zur Verwendung von Ödland oder naturnahen Flächen zu intensiver Landwirtschaftsnutzung.
3. Wasserrwirtschaftliche Projekte in der Landwirtschaft, einschließlich Bodenbewässerungs- und -entwässerungsprojekte.
4. Anlagen zur Intensivtierhaltung (einschließlich Geflügel).
5. Erstaufforstungen und Abholzungen zum Zweck der Umwandlung in eine andere Bodennutzungsart.
6. Intensive Fischzucht.
7. Kernkraftwerke und sonstige Kernreaktoren*) einschließlich der Demontage oder Stilllegung solcher Kraftwerke oder Reaktoren (ausgenommen Forschungseinrichtungen für die Erzeugung und Bearbeitung von spaltbaren und brutstoffhaltigen Stoffen, deren Höchstleistung 1 kW thermische Dauerleistung nicht übersteigt), soweit nicht durch Anhang I erfasst.
8. Bau von Hochspannungsfreileitungen mit einer Stromstärke von 220 kV oder mehr und einer Länge von 15 km oder mehr und andere Projekte zur Beförderung elektrischer Energie über Freileitungen.
9. Anlagen der Industrie zur Erzeugung von Strom, Dampf und Warmwasser.
10. Anlagen der Industrie zum Transport von Gas, Dampf und Warmwasser.
11. Oberirdische Speicherung von fossilen Brennstoffen und Erdgas.
12. Lagerung von brennbaren Gasen in unterirdischen Behältern.
13. Industrielles Pressen von Steinkohle und Braunkohle.
14. Anlagen zur hydroelektrischen Energieerzeugung.
15. Anlagen zur Nutzung von Windenergie zur Stromerzeugung (Windfarmen).
16. Anlagen, die für Folgendes bestimmt sind:
 - Erzeugung oder Anreicherung von Kernbrennstoffen;
 - Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe;
 - endgültige Beseitigung bestrahlter Kernbrennstoffe;
 - ausschließlich für die endgültige Beseitigung radioaktiver Abfälle;
 - ausschließlich für die (für mehr als 10 Jahre geplante) Lagerung bestrahlter Kernbrennstoffe an einem anderen Ort als dem Produktionsort;
 - Bearbeitung und Lagerung radioaktiver Abfälle;soweit nicht durch Anhang I erfasst.
17. Steinbrüche, Tagebau oder Torfgewinnung, soweit nicht durch Anhang I erfasst.
18. Untertagebau, soweit nicht durch Anhang I erfasst.
19. Gewinnung von Mineralien durch Baggerung auf See oder in Flüssen.
20. Tiefbohrungen (insbesondere Bohrungen zur Gewinnung von Erdwärme, Bohrungen im Zusammenhang mit der Lagerung von Kernabfällen, Bohrungen im Zusammenhang mit der Wasserversorgung), ausgenommen Bohrungen zur Untersuchung der Bodenfestigkeit.
21. Oberirdische Anlagen zur Gewinnung von Steinkohle, Erdöl, Erdgas und Erzen sowie von bituminösem Schiefer.
22. Integrierte Hüttenwerke zur Erzeugung von Roheisen und Rohstahl, soweit nicht durch Anhang I erfasst.
23. Anlagen zur Herstellung von Roheisen oder Stahl (Primär- oder Sekundärschmelzung) einschließlich Stranggießen.
24. Anlagen zur Verarbeitung von Eisenmetallen (durch Warmwalzen, Schmieden mit Hämmern, Aufbringen von schmelzflüssigen metallischen Schutzschichten).
25. Eisenmetallgießereien.
26. Anlagen zur Gewinnung von Nichteisenrohmetallen aus Erzen, Konzentraten oder sekundären Rohstoffen durch metallurgische, chemische oder elektrolytische Verfahren, soweit nicht durch Anhang I erfasst.

*) Im Sinne dieses Protokolls gelten Kernkraftwerke und sonstige Kernreaktoren nicht mehr als solche Anlagen, wenn der gesamte Kernbrennstoff und andere radioaktiv kontaminierte Komponenten auf Dauer vom Standort der Anlage entfernt wurden.

27. Anlagen zum Schmelzen, einschließlich des Legierens von Nichteisenmetallen, darunter auch Wiedergewinnungsprodukte (Raffination, Gießen usw.), mit Ausnahme von Edelmetallen, soweit nicht durch Anhang I erfasst.
28. Anlagen zur Oberflächenbehandlung von Metallen und Kunststoffen durch ein elektrolytisches oder chemisches Verfahren.
29. Bau und Montage von Kraftfahrzeugen und Bau von Kraftfahrzeugmotoren.
30. Schiffswerften.
31. Anlagen für den Bau und die Instandsetzung von Luftfahrzeugen.
32. Bau von Eisenbahnmaterial.
33. Tiefen mit Hilfe von Sprengstoffen.
34. Anlagen zum Rösten und Sintern von Metallerzen.
35. Kokereien (Kohletrockendestillation).
36. Anlagen zur Zementherstellung.
37. Anlagen zur Herstellung von Glas einschließlich Anlagen zur Herstellung von Glasfasern.
38. Anlagen zum Schmelzen mineralischer Stoffe einschließlich Anlagen zur Herstellung von Mineralfasern.
39. Herstellung von keramischen Erzeugnissen durch Brennen, und zwar insbesondere von Dachziegeln, Ziegelsteinen, feuerfesten Steinen, Fliesen, Steinzeug oder Porzellan.
40. Anlagen zur Erzeugung von Chemikalien oder Behandlung von chemischen Zwischenerzeugnissen, soweit nicht durch Anhang I erfasst.
41. Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln und pharmazeutischen Erzeugnissen, Farben und Anstrichmitteln, Elastomeren und Peroxiden.
42. Anlagen zur Lagerung von Erdöl, petrochemischen und chemischen Erzeugnissen, soweit nicht durch Anhang I erfasst.
43. Erzeugung von Ölen und Fetten pflanzlicher und tierischer Herkunft.
44. Fleisch- und Gemüsekonservenindustrie.
45. Erzeugung von Milchprodukten.
46. Brauereien und Malzereien.
47. Süßwaren und Sirupherstellung.
48. Anlagen zum Schlachten von Tieren.
49. Industrielle Herstellung von Stärken.
50. Fischmehl- und Fischölfabriken.
51. Zuckerfabriken.
52. Industrieanlagen zur Herstellung von Papier und Pappe, soweit nicht durch Anhang I erfasst.
53. Anlagen zur Vorbehandlung oder zum Färben von Fasern oder Textilien.
54. Anlagen zum Gerben von Häuten und Fellen.
55. Anlagen zur Erzeugung und Verarbeitung von Zellstoff und Zellulose.
56. Erzeugung und Verarbeitung von Erzeugnissen aus Elastomeren.
57. Anlagen zur Herstellung künstlicher Mineralfasern.
58. Anlagen zur Wiedergewinnung oder Vernichtung von explosionsgefährlichen Stoffen.
59. Anlagen zur Gewinnung von Asbest und zur Herstellung von Erzeugnissen aus Asbest, soweit nicht durch Anhang I erfasst.
60. Tierkörperbeseitigungsanlagen.
61. Prüfstände für Motoren, Turbinen oder Reaktoren.
62. Ständige Renn- und Teststrecken für Kraftfahrzeuge.
63. Öl- oder Gaspipelines, soweit nicht durch Anhang I erfasst.
64. Chemikalienpipelines mit einem Durchmesser von mehr als 800 mm und einer Länge von mehr als 40 km.
65. Bau von Eisenbahnstrecken sowie von intermodalen Umschlaganlagen und Terminals, soweit nicht durch Anhang I erfasst.
66. Bau von Straßenbahnen, Stadtschnellbahnen in Hochlage, Untergrundbahnen, Hängebahnen oder ähnlichen Bahnen besonderer Bauart, die ausschließlich oder vorwiegend der Personenbeförderung dienen.

67. Bau von Straßen, einschließlich der Verlegung und/oder des Ausbaus bestehender Straßen, soweit nicht durch Anhang I erfasst.
68. Bau von Häfen und Hafenanlagen, einschließlich Fischereihäfen, soweit nicht durch Anhang I erfasst.
69. Bau von Wasserstraßen und Häfen für die Binnenschifffahrt, soweit nicht durch Anhang I erfasst.
70. Seehandelshäfen, mit Binnen- oder Außenhäfen verbundene Landungsstege zum Laden und Löschen, soweit nicht durch Anhang I erfasst.
71. Flusskanalisierungs- und Stromkorrekturarbeiten.
72. Bau von Flughäfen**) und Flugplätzen, soweit nicht durch Anhang I erfasst.
73. Abfallbeseitigungsanlagen (einschließlich Deponierung), soweit nicht durch Anhang I erfasst.
74. Anlagen zur Verbrennung oder chemischen Behandlung ungefährlicher Abfälle.
75. Lagerung von Eisenschrott, einschließlich Schrottfahrzeuge.
76. Schlamm lagerplätze.
77. Grundwasserentnahme oder künstliche Grundwasserauffüllung, soweit nicht durch Anhang I erfasst.
78. Bauvorhaben zur Umleitung von Wasserressourcen von einem Flusseinzugsgebiet in ein anderes.
79. Abwasserbehandlungsanlagen.
80. Talsperren und sonstige Anlagen zum Aufstauen eines Gewässers oder zum dauernden Speichern von Wasser, soweit nicht durch Anhang I erfasst.
81. Bauten des Küstenschutzes zur Bekämpfung der Erosion und meeres technische Arbeiten, die geeignet sind, Veränderungen der Küste mit sich zu bringen (zum Beispiel Bau von Deichen, Molen, Hafendämmen und sonstigen Küstenschutzbauten), mit Ausnahme der Unterhaltung und Wiederherstellung solcher Bauten.
82. Bau von Wasserfernleitungen.
83. Skipisten, Skilifte, Seilbahnen und zugehörige Einrichtungen.
84. Jachthäfen.
85. Feriendörfer und Hotelkomplexe außerhalb von städtischen Gebieten und zugehörige Einrichtungen.
86. Ganzjährig betriebene Campingplätze.
87. Freizeitparks.
88. Anlage von Industriezonen.
89. Städtebauprojekte, einschließlich der Errichtung von Einkaufszentren und Parkplätzen.
90. Landgewinnung am Meer.

**) Im Sinne dieses Protokolls bedeutet „Flughafen“ einen Flughafen nach der Begriffsbestimmung des Abkommens von Chicago von 1944 zur Errichtung der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation – Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt – (Anhang 14).

Anhang III

Kriterien für die Bestimmung der voraussichtlichen Erheblichkeit von Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, im Sinne des Artikels 5 Absatz 1

1. Die Bedeutung des Plans oder des Programms für die Einbeziehung umweltbezogener, einschließlich gesundheitsbezogener, Erwägungen, insbesondere im Hinblick auf die Förderung der nachhaltigen Entwicklung.
2. Das Ausmaß, in dem der Plan oder das Programm für Vorhaben und andere Tätigkeiten in Bezug auf Standort, Art, Größe und Betriebsbedingungen oder durch die Inanspruchnahme von Ressourcen einen Rahmen setzt.
3. Das Ausmaß, in dem der Plan oder das Programm andere Pläne und Programme – einschließlich solcher in einer Planungs- oder Programmhierarchie – beeinflusst.
4. Die für den Plan oder das Programm relevanten umweltbezogenen, einschließlich gesundheitsbezogener, Probleme.
5. Die Art der Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, wie zum Beispiel Wahrscheinlichkeit, Dauer, Häufigkeit, Umkehrbarkeit, Umfang und Ausdehnung der Auswirkungen (etwa geographisches Gebiet oder Anzahl der voraussichtlich betroffenen Personen).
6. Die Risiken für die Umwelt, einschließlich der Gesundheit.
7. Der grenzüberschreitende Charakter der Auswirkungen.
8. Das Ausmaß der Auswirkungen des Plans oder des Programms auf bedeutende oder sensible Gebiete, einschließlich Landschaften, deren Status als national oder international geschützt anerkannt ist.

Anhang IV

Informationen im Sinne des Artikels 7 Absatz 2

1. Der Inhalt und die wichtigsten Ziele des Plans oder des Programms sowie die Beziehung zu anderen Plänen und Programmen.
2. Die relevanten Aspekte des derzeitigen Zustands der Umwelt, einschließlich der Gesundheit, und dessen voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung des Plans oder des Programms.
3. Die umweltbezogenen, einschließlich gesundheitsbezogener, Merkmale der Gebiete, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden.
4. Die für den Plan oder das Programm relevanten umweltbezogenen, einschließlich gesundheitsbezogener, Probleme.
5. Die auf internationaler, nationaler oder anderer Ebene festgelegten umweltbezogenen, einschließlich gesundheitsbezogener, Ziele, die für den Plan oder das Programm von Bedeutung sind, und die Art, wie diese Ziele und sonstigen umweltbezogenen, einschließlich gesundheitsbezogener, Erwägungen bei der Ausarbeitung des Plans oder des Programms berücksichtigt wurden.
6. Die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen*) auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, wie in Artikel 2 Nummer 7 näher bestimmt.
7. Die Maßnahmen zur Verhinderung, Verringerung oder Milderung etwaiger erheblicher nachteiliger Auswirkungen aufgrund der Durchführung des Plans oder des Programms auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit.
8. Eine Kurzdarstellung der Gründe für die Wahl der geprüften Alternativen und eine Beschreibung, wie die Umweltprüfung vorgenommen wurde, einschließlich etwaiger Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der erforderlichen Informationen, zum Beispiel technische Lücken oder fehlende Kenntnisse.
9. Die geplanten Maßnahmen zur Überwachung der Auswirkungen der Durchführung des Plans oder des Programms auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit.
10. Die voraussichtlichen erheblichen grenzüberschreitenden Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit.
11. Eine nichttechnische Zusammenfassung der im Umweltbericht enthaltenen Informationen.

*) Einschließlich sekundärer, kumulativer, synergetischer, kurz-, mittel- und langfristiger, ständiger und vorübergehender, positiver und negativer Auswirkungen.

Anhang V**Informationen im Sinne des Artikels 8 Absatz 5**

1. Der vorgeschlagene Plan oder das vorgeschlagene Programm und seine Art.
2. Die für seine Annahme zuständige Behörde.
3. Das vorgesehene Verfahren, einschließlich folgender Angaben:
 - a) der Beginn des Verfahrens;
 - b) die Möglichkeiten der Öffentlichkeit, sich zu beteiligen;
 - c) die Zeit und der Ort vorgesehener öffentlicher Anhörungen;
 - d) die Behörde, von der relevante Informationen zu erhalten sind, und der Ort, an dem die Öffentlichkeit Einsicht in die relevanten Informationen nehmen kann;
 - e) die Behörde, bei der Stellungnahmen oder Fragen eingereicht werden können, sowie die dafür vorgesehenen Fristen;
 - f) die Bezeichnung, welche für den vorgeschlagenen Plan oder das vorgeschlagene Programm relevanten Informationen über die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, verfügbar sind.
4. Die Angabe, ob der Plan oder das Programm voraussichtlich einem grenzüberschreitenden Verfahren der Umweltprüfung unterliegen wird.

Denkschrift

I. Allgemeines

Das Protokoll der UN ECE (United Nations Economic Commission for Europe = Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa) über die strategische Umweltprüfung zum Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (SEA-Protokoll) wurde am 21. Mai 2003 in Kiew (Ukraine) beschlossen.

Auf der zweiten, am 26./27. Februar 2001 in Sofia (Bulgarien) stattfindenden Vertragsstaatenkonferenz zum UN ECE-Übereinkommen vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Espoo-Konvention) wurde nach längeren Vorberatungen eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die das Mandat erhielt, möglichst bis zur Konferenz „Umwelt in Europa“ im Mai 2003 in Kiew (Ukraine) einen verabschiedungsfähigen Entwurf für ein Protokoll zur Strategischen Umweltprüfung (SEA-Protokoll) vorzulegen (Beschluss II/9). Die Arbeitsgruppe erfüllte diesen Auftrag in acht Verhandlungsrunden zwischen Mai 2001 und Januar 2003 und legte am 21. Mai 2003 einen von allen Delegationen mitgetragenen Entwurf zur Beschlussfassung vor.

Insgesamt (Stichtag: 31. Dezember 2003) haben 37 Staaten und Organisationen (36 UN ECE-Staaten sowie die Europäische Gemeinschaft) das SEA-Protokoll gezeichnet¹⁾. Die Bundesrepublik Deutschland hat das SEA-Protokoll am 21. Mai 2003 gezeichnet und gehört damit zu den Zeichnerstaaten. Das SEA-Protokoll ist gemäß seinem Artikel 24 Abs. 1 noch nicht in Kraft getreten, da noch nicht 16 Staaten eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben²⁾.

Ziel des Protokolls ist es, ein hohes Niveau des Schutzes der Umwelt, einschließlich der Gesundheit, zu gewährleisten. Zur Erreichung dieses Zieles soll bei der Erstellung von bestimmten Plänen und Programmen, die voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen haben werden, der für die Erstellung des Plans oder Programms zuständige Staat eine strategische Umweltprüfung durchführen und dabei Behörden und Öffentlichkeit des eigenen Staates und anderer möglicherweise betroffener Vertragsstaaten beteiligen. Insbesondere soll durch das SEA-Protokoll sichergestellt werden, dass umweltbezogene, einschließlich gesundheitsbezogene, Erwägungen bei der Ausarbeitung von Plänen und Programmen umfassend berücksichtigt werden und klare, transparente und effektive Verfahren für die strategische Umweltprüfung geschaffen werden sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit bei diesen Verfahren gewährleistet wird.

Die verpflichtenden Vorgaben des SEA-Protokolls entsprechen dem System der strategischen Umweltprüfung

¹⁾ Die 37 Zeichner des Protokolls sind (Stichtag: 31. Dezember 2003):

Albanien, Armenien, Belgien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Serbien und Montenegro, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Zypern, Europäische Gemeinschaft.

²⁾ Vertragsparteien des Protokolls sind (Stichtag: 1. September 2005): Finnland, Tschechische Republik.

nach der SUP-Richtlinie 2001/42/EG³⁾. Das deutsche Gesetz vom 25. Juni 2005 zur Einführung einer strategischen Umweltprüfung und zur Umsetzung der Richtlinie 2001/42/EG (SUPG, BGBl. I S. 1746) sowie das Europarechtsanpassungsgesetz Bau vom 24. Juni 2004 (EAG Bau, BGBl. I S. 1359) setzen die Bestimmungen dieser Richtlinie im Bundesrecht um.

Über die genannten Gesetze hinaus bedarf es keiner Änderung des deutschen Bundesrechts, um die Anforderungen des SEA-Protokolls zu erfüllen.

Die aktive Teilnahme Deutschlands an dem internationalen System des SEA-Protokolls ist erforderlich, um über die Europäische Union hinaus die derzeitige Anwendung dieses Protokolls in Deutschland auch als Vertragsstaat zu dokumentieren und die damit verbundenen Mitgestaltungsrechte auf internationaler Ebene sachgerecht wahrnehmen zu können. Eine baldige Stellung Deutschlands als Vertragspartei ist auch deshalb geboten, um aktiv Einfluss auf aktuelle Entwicklungen und Entscheidungsprozesse auf der UN ECE-Ebene nehmen zu können.

II. Zu den einzelnen Vorschriften des SEA-Protokolls

Das SEA-Protokoll besteht neben einer Präambel aus 26 Artikeln und 5 Anhängen. Bedeutsam sind vor allem die Bestimmungen der Artikel 3 bis 12.

Zur Präambel

Die Präambel betont die Wichtigkeit der Einbeziehung umweltbezogener Erwägungen in die Ausarbeitung und die Annahme von Plänen, Programmen und in angemessenem Umfang von Politiken und Rechtsvorschriften. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Sie weisen in diesem Zusammenhang auf die Schlussfolgerungen der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (1992 in Rio de Janeiro, Brasilien) hin, insbesondere auf die Grundsätze 4 und 10 der Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung und die Agenda 21, sowie auf die Ergebnisse der dritten Ministerkonferenz über Umwelt und Gesundheit (1999 in London) und des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung (2002 in Johannesburg, Südafrika).

Die Vertragsparteien tragen dem am 25. Februar 1991 in Espoo (Finnland) beschlossenen Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen und dem Beschluss II/9 der Vertragsstaaten vom 26. und 27. Februar 2001 in Sofia (Bulgarien) mit der Ausarbeitung dieses rechtlich bindenden Protokolls über die strategische Umweltprüfung Rechnung. Sie erkennen die bedeutende Rolle der strategischen Umweltprüfung bei der Ausarbeitung und Annahme von Plänen, Programmen und in angemessenem Umfang von Politiken und Rechtsvorschriften sowie die weitere Stärkung der systematischen Analyse von erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt durch eine breitere Anwendung der Grundsätze der Umweltverträglichkeitsprüfung auf Pläne, Programme, Politiken und Rechtsvorschriften.

³⁾ Richtlinie 2001/42/EG des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (SUP-Richtlinie, ABl. EG Nr. L 197 S. 30).

Das am 25. Juni 1998 in Aarhus (Dänemark) beschlossene Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Konvention) sowie die einschlägigen Abschnitte der auf der ersten Tagung der Vertragsparteien angenommenen Erklärungen von Lucca (Italien) werden von den Vertragsparteien anerkannt.

Sie betonen die Wichtigkeit einer Beteiligung der Öffentlichkeit bei der strategischen Umweltprüfung und die Vorteile für den Gesundheitsschutz und das Wohlergehen gegenwärtiger wie künftiger Generationen, die sich ergeben, wenn der Schutz und die Förderung der menschlichen Gesundheit im Rahmen der strategischen Umweltprüfung Berücksichtigung finden, insbesondere unter Anerkennung der Arbeit der Weltgesundheitsorganisation auf diesem Gebiet. Die Vertragsparteien würdigen die Notwendigkeit und die Bedeutung der Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bewertung der grenzüberschreitenden Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, von vorgeschlagenen Plänen, Programmen und in angemessenem Umfang von Politiken und Rechtsvorschriften.

Zu Artikel 1 (Ziel)

Artikel 1 bestimmt das Ziel des Protokolls. Das SEA-Protokoll soll durch die strategische Umweltprüfung ein hohes Niveau des Schutzes der Umwelt, einschließlich der Gesundheit, gewährleisten.

Zu Artikel 2 (Begriffsbestimmung)

In Artikel 2 werden die im SEA-Protokoll verwendeten Begrifflichkeiten definiert. Hervorzuheben ist die Definition „Pläne und Programme“, die auch deren Änderungen umfasst. Die Definitionen des Artikels 2 entsprechen denen des Übereinkommens vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen und denen der SUP-Richtlinie und werden – soweit erforderlich – durch das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Verbindung mit den fachgesetzlichen Vorschriften ausgefüllt.

Zu Artikel 3 (Allgemeine Bestimmungen)

Artikel 3 enthält neben der generellen Verpflichtung zur Umsetzung des SEA-Protokolls eine Reihe von Rahmenbedingungen, die es der Öffentlichkeit ermöglichen sollen, die Rechte, die durch das Protokoll festgelegt werden, sinnvoll zu nutzen.

Absatz 1 verpflichtet die Vertragsparteien, die erforderlichen Rechtssetzungs- und Vollzugsmaßnahmen zur Durchführung dieses Protokolls in einem klaren, transparenten Rahmen zu treffen.

Nach Absatz 2 ist der Öffentlichkeit in den vom SEA-Protokoll erfassten Angelegenheiten durch öffentlich Bedienstete und Behörden Unterstützung und Orientierungshilfe zu geben.

Absatz 3 enthält die Verpflichtung zur Anerkennung und Unterstützung von Vereinigungen, Organisationen und Gruppen, die sich für den Umweltschutz, einschließlich des Gesundheitsschutzes, im Rahmen dieses Protokolls einsetzen.

Absatz 4 stellt klar, dass das SEA-Protokoll lediglich einen Mindeststandard festschreibt und die Vertragsparteien zusätzliche weitergehende Maßnahmen vorsehen können.

Absatz 5 verpflichtet die Vertragsparteien zur Förderung der Ziele des SEA-Protokolls in relevanten internationalen Organisationen und Entscheidungsverfahren.

Gemäß Absatz 6 darf die Wahrnehmung der Rechte aus diesem Protokoll nicht dazu führen, dass Personen, die diese Rechte ausüben, bestraft, verfolgt oder belästigt werden. Hiervon unberührt bleibt die Befugnis der Gerichte, in Gerichtsverfahren angemessene Gerichtskosten zu erheben.

Absatz 7 enthält eine Nicht-Diskriminierungsklausel, wonach die Öffentlichkeit bei der Wahrnehmung ihrer Rechte aus diesem Protokoll nicht wegen ihrer Staatsangehörigkeit, Volkszugehörigkeit oder ihres Wohnsitzes benachteiligt werden darf; juristische Personen dürfen nicht aufgrund ihres eingetragenen Sitzes oder aufgrund tatsächlichen Mittelpunktes der Geschäftstätigkeit benachteiligt werden.

Zu Artikel 4 (Anwendungsbereich für Pläne und Programme)

Artikel 4 beschreibt den Anwendungsbereich und die Pflicht zur Durchführung einer strategischen Umweltprüfung (SUP-Pflicht) bei bestimmten Plänen und Programmen.

Absatz 1 verpflichtet zur Durchführung einer strategischen Umweltprüfung bei bestimmten Plänen und Programmen, die voraussichtlich erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, haben werden. Diese Pflicht wird in den folgenden Absätzen konkretisiert.

Absatz 2 bestimmt eine SUP-Pflicht für Pläne und Programme, die in bestimmten Bereichen ausgearbeitet werden und den Rahmen für die künftige Genehmigung von in Anhang I aufgeführten Vorhaben und anderen im Anhang II aufgeführten Vorhaben, die einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach nationalem Recht bedürfen, setzen.

Nach Absatz 3 muss für sonstige Pläne und Programme, durch die der Rahmen für die künftige Genehmigung von Vorhaben gesetzt wird, keine strategische Umweltprüfung durchgeführt werden, wenn von der Vertragspartei durch Einzelfallprüfung oder durch Festlegung von Arten von Plänen und Programmen oder durch eine Kombination dieser beiden Ansätze sichergestellt wird, dass der Plan oder das Programm voraussichtlich keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, haben wird (vgl. Artikel 5 Abs. 1).

Nach Absatz 4 sind Pläne und Programme, die nur kleine Gebiete auf lokaler Ebene betreffen, sowie geringfügige Änderungen von Plänen und Programmen von der SUP-Pflicht ausgenommen. Eine strategische Umweltprüfung ist hierfür nur durchzuführen, wenn diese Pläne und Programme voraussichtlich erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, haben können (vgl. Artikel 5 Abs. 1).

Absatz 5 bestimmt, dass Pläne und Programme, deren ausschließlicher Zweck die Landesverteidigung oder der Katastrophenschutz ist, sowie Finanz- oder Haushaltspläne und -programme nicht vom Anwendungsbereich des SEA-Protokolls erfasst sind.

Zu Artikel 5 (Vorprüfung – Screening)

Artikel 5 regelt das Verfahren der Vorprüfung zur Bestimmung, ob die in Artikel 4 Abs. 3 und 4 genannten Pläne und Programme voraussichtlich erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, haben werden.

Nach Absatz 1 erfolgt die Vorprüfung durch Einzelfallprüfung oder durch Festlegung von Arten von Plänen und Programmen oder durch eine Kombination dieser beiden Ansätze. Jede Vertragspartei hat hierbei die in Anhang III aufgeführten Kriterien zu berücksichtigen.

Absatz 2 verpflichtet zur Konsultation bestimmter Umwelt- und Gesundheitsbehörden in den Verfahren der Vorprüfung (vgl. Artikel 9 Abs. 1).

Gemäß Absatz 3 sind die Vertragsparteien aufgerufen, auf freiwilliger Basis angemessene Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit bei der Vorprüfung vorzusehen.

Absatz 4 enthält die Verpflichtung, die jeweiligen Schlussfolgerungen der Vorprüfung, einschließlich der Gründe für die mögliche Entscheidung, keine strategische Umweltprüfung durchzuführen, der Öffentlichkeit rechtzeitig zugänglich zu machen. Das Zugänglichmachen kann dabei auf jede geeignete Weise, etwa durch elektronische Medien, erfolgen.

Zu Artikel 6 (Festlegung des Umfangs des Untersuchungsrahmens – Scoping)

Artikel 6 regelt die Festlegung des Untersuchungsrahmens einer strategischen Umweltprüfung.

Absatz 1 enthält die Verpflichtung zur Festlegung der relevanten Informationen, die in einem zu erstellenden Umweltbericht nach Artikel 7 Abs. 2 aufzunehmen sind.

Bei der Festlegung sind gemäß Absatz 2 die näher bestimmten Umwelt- und Gesundheitsbehörden zu konsultieren.

Nach Absatz 3 sind die Vertragsparteien aufgerufen, auf freiwilliger Basis bei der Festlegung der relevanten Informationen eine angemessene Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit zu ermöglichen.

Zu Artikel 7 (Umweltbericht)

Nach Absatz 1 müssen die Vertragsparteien sicherstellen, dass im Rahmen der strategischen Umweltprüfung bei Plänen und Programmen ein Umweltbericht erstellt wird.

Absatz 2 bestimmt den notwendigen Inhalt des Umweltberichts. In dem Bericht sind die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Plans oder Programms auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, sowie vernünftige Alternativen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Absatz 3 verpflichtet die Vertragsparteien zu einer Qualitätssicherung der Umweltberichte.

Zu Artikel 8 (Öffentlichkeitsbeteiligung)

Artikel 8 enthält Bestimmungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung bei einer strategischen Umweltprüfung.

Absatz 1 enthält die Verpflichtung, für eine „frühzeitige, rechtzeitige und effektive“ Öffentlichkeitsbeteiligung zu sorgen. Die Beteiligung hat zu einem Zeitpunkt zu erfolgen, in dem alle Entscheidungsoptionen noch offen stehen.

Absatz 2 verpflichtet die Parteien durch geeignete Mittel, insbesondere durch elektronische Medien, sicherzustellen, dass der jeweilige Entwurf des Plans oder des Programms sowie der Umweltbericht der Öffentlichkeit rechtzeitig zugänglich gemacht werden.

Nach Absatz 3 ist sicherzustellen, dass die betroffene Öffentlichkeit, insbesondere auch relevante nichtstaatliche Organisationen, für die Beteiligung im Rahmen der strategischen Umweltprüfung von den Vertragsparteien bestimmt wird.

Nach Absatz 4 hat jede Vertragspartei sicherzustellen, dass der betroffenen Öffentlichkeit innerhalb einer angemessenen Frist die Gelegenheit gegeben wird, zu dem Entwurf eines Plans oder eines Programms sowie zu dem Umweltbericht Stellung zu nehmen.

Absatz 5 sieht vor, dass die weiteren Einzelheiten für die Information der Öffentlichkeit (vgl. Anhang V) und für die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit bestimmt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Zu Artikel 9 (Konsultation der Umwelt- und Gesundheitsbehörden)

Nach Artikel 9 erfolgt bei der Durchführung der strategischen Umweltprüfung eine Konsultation von Umwelt- und Gesundheitsbehörden.

Gemäß Absatz 1 sind die zu konsultierenden Behörden zu bestimmen, die von den durch die Durchführung des vorgeschlagenen Plans oder des Programms verursachten Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, in ihrem umwelt- und gesundheitsbezogenen Aufgabenbereich voraussichtlich betroffen sein werden.

Absatz 2 bestimmt, dass der Entwurf des Plans oder des Programms sowie der Umweltbericht den zu konsultierenden Behörden zugänglich gemacht werden.

Nach Absatz 3 ist sicherzustellen, dass den zu konsultierenden Behörden frühzeitig, rechtzeitig und effektiv Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird.

Nach Absatz 4 bestimmt die jeweilige Vertragspartei die Einzelheiten für die Information und die Konsultation der Umwelt- und Gesundheitsbehörden.

Zu Artikel 10 (Grenzüberschreitende Konsultationen)

Artikel 10 regelt das Verfahren der grenzüberschreitenden Konsultationen.

Gemäß Absatz 1 benachrichtigt die Ursprungspartei die von der Durchführung des Plans oder Programms voraussichtlich erheblich betroffene Vertragspartei so früh wie möglich vor der Annahme des Plans oder des Programms. Dasselbe gilt, wenn nach Auffassung der

Ursprungspartei keine grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die betroffene Partei jedoch um eine Beteiligung ersucht.

Absatz 2 legt den Mindestinhalt dieser Benachrichtigung fest.

Absatz 3 verpflichtet den betroffenen Vertragsstaat, fristgerecht die Ursprungspartei darüber zu unterrichten, ob er vor der Annahme des Plans oder des Programms Konsultationen wünscht. Ist das der Fall, nehmen die betreffenden Vertragsparteien gegenseitig Konsultationen auf.

Gemäß Absatz 4 verständigen sich die Vertragsparteien auf die weiteren Einzelheiten der Konsultation, um eine ordnungsgemäße Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung sicherzustellen.

Zu Artikel 11 (Entscheidung)

Nach Absatz 1 müssen die Vertragsparteien sicherstellen, dass das Ergebnis der strategischen Umweltprüfung, einschließlich der eingegangenen Stellungnahmen der betroffenen Öffentlichkeit und der konsultierten Behörden, bei der Annahme des Plans oder des Programms gebührend berücksichtigt wird.

Gemäß Absatz 2 sind die Öffentlichkeit, die beteiligten Behörden sowie die konsultierten Vertragsparteien von der Annahme des Plans oder Programms zu unterrichten. Der Plan oder das Programm ist ihnen mit einer zusammenfassenden Erklärung zugänglich zu machen, welche die tragenden Gründe und Erwägungen der Entscheidung enthält, auch im Hinblick auf die eingegangenen Stellungnahmen und die Alternativenprüfung.

Zu Artikel 12 (Überwachung – Monitoring)

Absatz 1 verpflichtet zur Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen, die bei der Durchführung der angenommenen Pläne und Programme auftreten. Die Überwachung dient unter anderem dem Ziel, frühzeitig unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen zu ermitteln und geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen zu können.

Die Ergebnisse der Überwachung sind gemäß Absatz 2 entsprechend den innerstaatlichen Rechtsvorschriften den beteiligten Behörden und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Zu Artikel 13 (Politiken und Rechtsvorschriften)

Nach Artikel 13 sind die Vertragsparteien aufgerufen, auf freiwilliger Basis geeignete Elemente des SEA-Protokolls bei der Vorbereitung von Politiken und Rechtsvorschriften zu beachten.

Nach Absatz 1 bemühen sich die Vertragsparteien, künftig umweltbezogene, einschließlich gesundheitsbezogene, Belange bei der Vorbereitung von Politiken und Rechtsvorschriften in angemessenem Umfang einzubeziehen und zu erwägen.

Sofern eine Vertragspartei gemäß Absatz 1 vorgeht, soll sie gemäß Absatz 2 die geeigneten Grundsätze und Bestandteile dieses Protokolls beachten.

Nach Absatz 3 soll jede Vertragspartei erforderlichenfalls die praktischen Einzelheiten für die Erwägung und Einbeziehung nach Absatz 1 festlegen und dabei die

Notwendigkeit von Transparenz in der Entscheidungsfindung berücksichtigen.

Absatz 4 verpflichtet zu einer Berichterstattung auf der Vertragsstaatenkonferenz zu diesem Protokoll, ob und wenn wie eine Vertragspartei Artikel 13 anwendet.

Zu Artikel 14 (Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens, die als Tagung der Vertragsparteien des Protokolls dient)

Artikel 14 bestimmt Einzelheiten und Aufgaben der Vertragsstaatenkonferenz.

Zu Artikel 15 (Verhältnis zu anderen internationalen Übereinkünften)

Artikel 15 regelt das Verhältnis des SEA-Protokolls zu den Bestimmungen der Espoo-Konvention und der Aarhus-Konvention.

Zu Artikel 16 (Stimmrecht)

Artikel 16 konkretisiert das Stimmrecht der Vertragsparteien.

Zu Artikel 17 (Sekretariat)

Artikel 17 regelt die Aufgaben des zuständigen UN ECE-Sekretariats.

Zu Artikel 18 (Anhänge)

Artikel 18 legt fest, dass die Anhänge I bis V Bestandteile des SEA-Protokolls sind.

Zu Artikel 19 (Änderungen des Protokolls)

Artikel 19 enthält Regelungen über das Vorschlagsrecht und die Beschlussfassung zur Änderung des SEA-Protokolls. Die entsprechenden Regelungen der Espoo-Konvention werden für sinngemäß anwendbar erklärt. Zu jedem Änderungsvorschlag ist grundsätzlich Konsens anzustreben, wobei für die Annahme von Änderungen mindestens eine Dreiviertelmehrheit erforderlich ist.

Zu Artikel 20 (Beilegung von Streitigkeiten)

Zur Beilegung von Streitigkeiten über die Anwendung oder Auslegung des Protokolls finden gemäß Artikel 20 die entsprechenden Bestimmungen der Espoo-Konvention sinngemäß Anwendung.

Zu Artikel 21 (Unterzeichnung)

Artikel 21 bestimmt Einzelheiten der Zeichnung des SEA-Protokolls.

Zu Artikel 22 (Verwahrer)

Nach Artikel 22 wird dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die Aufgabe des Verwahrers dieses Protokolls übertragen.

Zu Artikel 23 (Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt)

Artikel 23 regelt die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung und den Beitritt. Vertragsparteien können die Mitgliedstaaten der UN ECE sowie Organisationen

der regionalen Wirtschaftsintegration dieser Länder sowie nach Artikel 23 Abs. 3 auch andere Staaten, die Mitglied der Vereinten Nationen sind, werden. Das SEA-Protokoll steht vom 1. Januar 2004 an zum Beitritt offen.

Zu Artikel 24 (Inkrafttreten)

Artikel 24 bestimmt, dass das SEA-Protokoll am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der sechzehnten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft tritt. Staaten, die eine entsprechende Urkunde erst nach Inkrafttreten des SEA-Protokolls hinterlegen, werden am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung Vertragspartei. Die Geltung des Protokolls erstreckt sich auf Pläne und Programme sowie gegebenenfalls Politiken und Rechtsvorschriften, deren erster förmlicher Vorbereitungsakt nach Inkrafttreten des Protokolls erfolgt.

Zu Artikel 25 (Rücktritt)

Jede Vertragspartei hat gemäß Artikel 25 das Recht, jederzeit nach Ablauf von vier Jahren ab dem Zeitpunkt, zu dem das SEA-Protokoll für sie in Kraft getreten ist, von dem Protokoll zurückzutreten.

Zu Artikel 26 (Verbindliche Wortlaute)

Nach Artikel 26 sind die englische, französische und russische Sprachfassung des SEA-Protokolls gleichermaßen verbindlich.

Zu Anhang I (Liste der Vorhaben nach Artikel 4 Absatz 2)

Anhang I enthält eine Liste von Vorhaben, auf die in Artikel 4 Abs. 2 Bezug genommen wird. Setzen Pläne oder Programme, die in bestimmten Bereichen ausgearbeitet werden, den Rahmen für die künftige Genehmigung von einem dieser aufgeführten Vorhaben, ist für diese Planungen stets eine strategische Umweltprüfung durchzuführen. Anhang I entspricht dem Anhang I des Übereinkommens vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen.

Zu Anhang II (Andere Vorhaben nach Artikel 4 Absatz 2)

Anhang II listet sonstige Vorhaben auf, hinsichtlich derer eine strategische Umweltprüfung bei rahmensetzenden Plänen und Programmen aus bestimmten Bereichen durchzuführen ist, wenn diese Vorhaben nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften einer Umweltverträglichkeitsprüfung bedürfen. Anhang II zählt diejenigen Vorhaben aus den Anhängen I und II der UVP-Richtlinie der EG⁴⁾ auf, die nicht bereits durch Anhang I des SEA-Protokolls erfasst sind.

Zu Anhang III (Kriterien für die Bestimmung der voraussichtlichen Erheblichkeit von Auswirkungen auf die Umwelt, einschließlich der Gesundheit, im Sinne des Artikels 5 Absatz 1)

Anhang III enthält zwingend zu berücksichtigende Kriterien für die Vorprüfung nach Artikel 5, ob ein Plan oder ein Programm voraussichtlich erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben wird und daher einer strategischen Umweltprüfung unterzogen werden muss. Diese Kriterien entsprechen den Kriterien des deutschen und europäischen Rechts.

Zu Anhang IV (Informationen im Sinne des Artikels 7 Absatz 2)

Anhang IV legt die Mindestangaben für den Umweltbericht in der strategischen Umweltprüfung fest. Anhang IV entspricht den Vorgaben des deutschen und europäischen Rechts.

Zu Anhang V (Informationen im Sinne des Artikels 8 Absatz 5)

In Anhang V sind die Informationen aufgeführt, die der Öffentlichkeit in jedem Vertragsstaat im Rahmen der strategischen Umweltprüfung mindestens zugänglich gemacht werden müssen. Anhang V entspricht den Vorgaben des deutschen und europäischen Rechts.

⁴⁾ Richtlinie des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. EG Nr. L 175 S. 40), geändert durch die Richtlinie 97/11/EG vom 3. März 1997 (ABl. EG Nr. L 73 S. 5) und durch die Richtlinie 2003/35/EG vom 26. Mai 2003 (ABl. EG Nr. L 156 S. 17) – UVP-Richtlinie.